

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Pazifikweite Überflutungen durch La Niña

Seit November des letzten Jahres herrscht im westlichen Pazifik das Wetterphänomen „La Niña“ (siehe Hintergrund-Text). Von den damit einhergehenden Starkwinden und Niederschlägen waren Fidschi, die Salomonen und Papua-Neuguinea besonders stark betroffen.

Die Überflutungen erreichten im Januar ein bisher nie gekanntes Ausmaß in **Fidschi** (siehe dazu den Artikel in der Rubrik Fidschi).

Mitte Februar wurden der Nordwesten der salomonischen Hauptinsel **Guadalcanal** und die Insel Savo geflutet. 13 Menschen ertranken. Rund 1.800 Menschen wurden aus den betroffenen Regionen evakuiert und in provisorische Unterkünfte in die Hauptstadt Honiara gebracht. Das „Solomons' National Disaster Management“ konnte die Bevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln und Zelten versorgen. Mitarbeiter der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) halfen mit dem Transport zu Wasser und in der Luft und unterstützten mit Menschen und Material die Aufräumarbeiten. Für Guadalcanal wurde der Notstand ausgerufen.

In **Papua-Neuguinea** traten durch den Starkregen etliche Flüsse in der Hochlandregion über die Ufer. So wurde das Dorf Anglimp komplett überschwemmt, als der Fluss Waghí über die Ufer trat. 700 Dorfbewohner verloren ihr ganzes Hab und Gut. Insgesamt wurden 1.000 Menschen im südlichen Hochland obdachlos.

Weitere 3.000 Menschen (die „Hulis“) im Yalupa-Tal wurden von der Außenwelt abgeschnitten, nachdem die einzigen beiden Brücken ins Tal eingestürzt waren und der Fluss Kemo über die Ufer getreten war. Sieben Talbewoh-

ner starben an Hunger und Infektionskrankheiten.

Martin Mose, Sprecher des nationalen Katastrophenschutzes, erklärte, die Regierung habe in einer ersten Reaktion 30.000 € Soforthilfe für Decken, Zelte, Trinkwasser, Medikamente und Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Weitere Gelder sollen freigegeben werden.

Bereits im Dezember letzten Jahres waren Bougainville sowie die Küstenabschnitte im Nordosten der Insel Neuguinea überflutet worden. Dramatisch ist hier vor allem der Ernteausfall durch die Zerstörung der Subsistenzgärten. Von der Dezemberflut waren geschätzte 50.000 bis 80.000 Menschen betroffen. Ein Kind starb.

Die heftigen Regenfälle der vergangenen acht Wochen haben auch zu gesundheitlichen Problemen geführt. So sind vor allem Kleinkinder und alte Menschen durch die feuchte Luft an Lungenentzündung erkrankt. Die Moskitos konnten sich bei dem feucht-warmen Wetter ideal vermehren, so dass auffallend viele Malaria-Erkrankungen gemeldet wurden. Auch die Zahl der Magen-Darm-Erkrankungen stieg rapide an.

*Hintergrund:* Das El-Niño-Phänomen ist eine Umkehrung der normalen Wettersituation im Pazifik. Diese komplizierte Wechselwirkung zwischen der Atmosphäre- und der Ozeanzirkulation im Pazifik hat Auswirkungen auf die Wetterlagen rund um den Globus, sie wird jedoch wissenschaftlich noch nicht komplett verstanden. Das Wetterphänomen wurde an der Westküste Südamerikas nach dem Christkind benannt, weil es schon früher um Weihnachten herum vorkam – in der Vergangenheit allerdings nur etwa alle sieben Jahre, während ab 1970 die Erscheinungen häufiger und intensiver auftraten.

Unter „normalen“ Bedingungen weht vor der Westküste Südamerikas ein Südost-Passat, in dessen Folge aus der Tiefe kaltes,

nährstoffreiches Wasser mit dem Humboldtstrom aus der Antarktis nachströmt. Durch den Südost-Passat wird das Oberflächenwasser entlang des Äquators nach Westen – zwischen den pazifischen Inseln hindurch – getrieben, durch die Sonne kontinuierlich erwärmt und schließlich staut es sich vor Australien und Indonesien. In diesem westlichen Bereich des Pazifiks ist der Meeresspiegel dann höher als im Ostpazifik vor Südamerika (und die Temperaturdifferenz an der Meeresoberfläche liegt bei etwa 5 Grad Celsius). Über dem warmen Ozean haben die Passatwinde viel Wasser aufgenommen, das an den Küsten Ostaustraliens und Indonesiens abregnet.

In El-Niño-Jahren dreht sich der Wind um, der Ostpazifik wird wärmer. Die Regenzone bewegt sich mit dem warmen Wasser ostwärts, und während es in Australien und Indonesien zu Dürren kommt, leiden Teile Südamerikas unter Überschwemmungen. Über dem Pazifik verändern sich zudem die Zugbahnen von Wirbelstürmen, sie treffen dann häufiger auf die pazifischen Inseln.

Im Pazifik herrscht seit November letzten Jahres das Wetterphänomen „La Niña“ („das Mädchen“) mit wiederum entgegengesetzten Winden. Im Gegensatz zu den „normalen“ Verhältnissen ist La Niña mit überdurchschnittlich hohen Luftdruck-Unterschieden zwischen Südamerika und Indonesien verbunden, was u.a. zu stärkeren Passatwinden und zu heftigerem Regen im westlichen Pazifik führt.

*(The National 14.01.09, Solomon Star 16.02.09 und ff., Flash d'Océanie 19.02.09, Post-Courier 23.02.09, [http://www.cpc.ncep.noaa.gov/products/analysis\\_monitoring/enso\\_advisory/enso\\_disc.html](http://www.cpc.ncep.noaa.gov/products/analysis_monitoring/enso_advisory/enso_disc.html), <http://medc2org.wordpress.com/2008/12/12/papua-new-guinea-flooding-displaces-tens-of-thousands/>, Hintergrundtext von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Ingrid Schilsky)*

## † Epeli Hau'ofa

Am 11. Januar starb in Suva (Fidschi) der Schriftsteller und Anthropologe Epeli Hau'ofa. Dr. Hau'ofa wurde 1939 als Sohn einer tonganischen Missionarsfamilie im damaligen Papua (Insel Neuguinea) geboren. Er studierte in Neuguinea, Tonga, Fidschi, Australien und Kanada und promovierte an der Australian National University in Canberra im Fach „Social Anthropology“ zu dem Thema „Mekeo. Inequality and ambivalence in a village society“.

Hau'ofa unterrichtete in Papua-Neuguinea und forschte an der Universität des Südpazifiks in Fidschi. Von 1978 bis 1981 war er zweiter Privatsekretär des Königs von Tonga. In dieser Zeit gründete er die erste tonganische Literaturzeitschrift „Faikava“. Sein Versuch, ein Kulturzentrum für Kunst und Wissenschaft – analog der britischen „Royal Society“ - in der ältesten Missionskirche der Hauptstadt Nuku'alofa zu gründen, scheiterte an der mangelnden Unterstützung durch das Königshaus. Später gründete er das „Rural Development Centre“ in Tonga und kehrte als „Head of the Department of Sociology“ an die University of the South Pacific nach Fidschi zurück. Dort leitete der bekannte Schriftsteller in späteren Jahren die „School of Social and Economic Development“. 1997 gründete Hau'ofa in Suva das „Oceania Centre for Arts and Culture“, dessen Direktor er bis zu seinem Tod blieb.

Weltweit bekannt wurde der Anthropologieprofessor für seine satirischen Erzählungen „Tales of the Tikong“ und „Kisses in the Nederends“.

Der 70-jährige Poet wurde auf seiner Farm in Lami (Fidschi) begraben. Hau'ofa hatte die fidschianische Staatsbürgerschaft angenommen. Er hinterlässt seinen Sohn Epeli Si'i und seine Frau Barbara, mit der er über 40 Jahre lang verheiratet war.

(Nachruf Dr. Renate von Gizycki, <http://www.fijitimes.com/story.aspx?id=112135>)

## Schutzzonen eingerichtet

Kurz vor Ende seiner Amtszeit hat der amerikanische Präsident George W. Bush ein riesiges Meeresgebiet im Pazifik zur Schutzzone erklärt. Das 505.000 Quadratkilometer große Areal umfasst den Marianengraben, das Rose-Atoll in Amerikanisch-Samoa sowie eine Kette von äquatorialen Inseln im Zentralpazifik, die sogenannten „Remote Islands“ (das sind das Kingman Reef, Palmyra Atoll, Howland Island, Baker Island, Jarvis Island, Johnston Atoll und Wake Island).

In weiten Teilen der Schutzzone sollen zukünftig die kommerzielle Fischerei sowie der Abbau von Rohstoffen verboten werden. Innerhalb des Schutzgebietes befinden sich nach Angaben von Experten einige spektakuläre ökologische Zonen. So ist z.B. der Marianengraben östlich der Marianeninseln fünfmal so tief wie der US-amerikanische Grand Canyon, 70 Kilometer breit und mehr als 2.250 Kilometer lang. Dieses riesige Tiefseeareal ist noch nahezu unberührt von Menschen. Westlich der Marianen befinden sich aktive Unterwasservulkane und hydrothermale Quellen, aus denen 400 Grad heißes Wasser sprudelt. Um sie herum haben sich Lebensformen angesiedelt, die an die lebensfeindlichen Bedingungen voller giftiger Chemikalien, Hitze und absolute Dunkelheit angepasst sind. Die Anzahl der Lebewesen um diese heißen Quellen herum („Individuendichte“) ist vergleichbar mit der des tropischen Regenwaldes. Auf dem Gipfel eines der Unterwasservulkane liegt ein See aus flüssigem Schwefel. Bisher konnten Wissenschaftler nur auf dem Jupiter-Mond Io einen derartigen Schwefel-See.

Unter Schutz wurden auch die Korallenriffe um die drei nördlichsten Marianeninseln gestellt. Dort leben mehr als 300 ver-

schiedene Arten von Steinkorallen. Auch die Riffe rund um die Remote Islands wurden unter Schutz gestellt.

Das nahezu quadratisch geformte acht Hektar große Rose-Atoll gilt als wichtigster Rastplatz für Zugvögel und als Brutplatz der seltenen Grünen Meeresschildkröte. In den Gewässern rund um das Atoll leben weitere seltene Arten wie etwa die Große Riesenschnecke, Riffhaie und große Papageienfische.

Das unter Schutz gestellte Gebiet bezeichnet man im Englischen als „Marine National Monument“. (*Flash d'Océanie* 06.01.09, *Radio Australia* 07.01.09, *ABC* 08.01.09, *Süddeutsche Zeitung* 08.01.09)

## Eisendüngungsexperiment im Atlantik stößt auf harsche Kritik

Fiu Elisara, Sprecher der samoanischen Umweltschutzorganisation „O le Siosiomaga“ hat ein Eisendüngungsexperiment im Atlantischen Ozean kritisiert. Die Ozeane dürften nicht zu einem Experimentierfeld für Versuche zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels werden, sagte Elisara. Die Folgen des Experiments auf das marine Ökosystem seien noch nicht detailliert erforscht, erklärte Elisara weiter.

*Hintergrund:* Das „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“ in der deutschen Helmholtz-Gemeinschaft wird mit seinem Forschungsschiff „Polarstern“ das lang geplante Eisendüngungsexperiment LOHAFEX durchführen, nachdem unabhängige wissenschaftliche und juristische Gutachten zu dem Ergebnis gekommen waren, dass LOHAFEX weder gegen internationale Umweltstandards noch gegen das geltende Völkerrecht verstößt. Die Gutachten waren nach heftiger medialer Kritik an dem geplanten Experiment vom „Umweltministerium für Bildung und Forschung“ sowie vom „Ministerium für Umwelt, Naturschutz

und Reaktorsicherheit“ in Auftrag gegeben worden. Laut der Gutachten gibt es weder ökologische noch juristische Gründe, das Experiment auszusetzen.

Das Experiment steht laut der Gutachten im Einklang mit der Resolution der sogenannten „London Konvention“ (Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen) aus dem Oktober 2008 und dem Beschluss der „Konvention über die biologische Vielfalt“ aus dem Mai 2008. Beide Abkommen fordern weitere Forschung, um das Verständnis von Eisendüngung im Ozean zu verbessern.

Es handelt sich bei LOHAFEX um eine Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Alfred-Wegener-Institut und dem indischen „National Institute of Oceanography“, das das Experiment personell und finanziell zur Hälfte trägt. Die Zusammenarbeit beider Institute spiegelt sich auch in dem Namen des Experiments: Loha bedeutet auf Hindi „Eisen“ und Fex steht für „Fertilization Experiment“, also Düngungsexperiment.

LOHAFEX ist Teil einer Vereinbarung zwischen beiden Institutionen, die von den Präsidenten der jeweiligen Dachorganisationen - der Helmholtz-Gemeinschaft und des indischen Council of Scientific and Industrial Research - in Anwesenheit der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des indischen Premierministers Dr. Manmohan Singh im Oktober 2007 in Neu Delhi unterzeichnet wurde. Die Planungen für das LOHAFEX-Experiment laufen bereits seit dem Jahr 2005.

Professorin Dr. Karin Lochte, die Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, wehrte sich gegen Kritik in der Presse (u.a. im „Spiegel“) und im Internet, es handle sich bei LOHAFEX um eine Maßnahme zum Klimaschutz, mit der getestet werden solle, ob durch Ozeandüngung der Atmosphäre Kohlendioxid in großem Maßstab entzogen werden kann.

LOHAFEX sei nur entwickelt worden, um die Rolle des Eisens im globalen Klimasystem besser verstehen zu können. Es handle sich um ein rein wissenschaftliches Experiment, betonte die Direktorin in einer Pressemitteilung des Instituts.

Aufgrund mehrtägiger Voruntersuchungen hat das Wissenschaftlerteam auf dem Forschungsschiff „Polarstern“ inzwischen einen für das Experiment geeigneten geschlossenen Ozeanwirbel gefunden. Er befindet sich auf 48° südlicher Breite und 15° 30' westlicher Länge im Osten des Nordatlantischen Ozeans. Im Zentrum dieses Wirbels wird so bald wie möglich eine Treibboje mit Peilsendern ausgebracht. Von diesem Punkt aus wird die „Polarstern“ in den nächsten Tagen dann in spiralförmigen Windungen rund sechs Tonnen gelöstes Eisensulfat in den oberen 15 Metern der Wasserschicht verteilen. Dies wird ungefähr 30 Stunden in Anspruch nehmen. Ziel ist es, das Wachstum der einzelligen Algen des Phytoplanktons anzuregen. Das Phytoplankton ist die Basis des Nahrungsnetzes im Ozean und spielt zusätzlich eine Schlüsselrolle im globalen Kohlenstoffhaushalt. Die Algen entziehen dem umgebenden Wasser und somit auch der Atmosphäre durch Photosynthese Kohlendioxid.

Unmittelbar nach Abschluss des Eiseneintrags werden im Zentrum des gedüngten Bereichs zahlreiche biologische, chemische und physikalische Parameter kontinuierlich gemessen und ökologische Veränderungen in allen Schichten der Wassersäule – von der Oberfläche bis zum Meeresboden in 3.800 Metern Tiefe – über 40 Tage verfolgt. Bis die Biomasse im Untersuchungsgebiet aufgrund der Düngung messbar steigt, werden voraussichtlich 14 Tage vergehen.

Nach den etwa 40 Tagen des Experimentierens in multidisziplinären Teams (an Bord sind 48 Wissenschaftler, darunter 30 Inder) wird die Expedition am 17. März 2009 in Punta Arenas (Chile) enden.

LOHAFEX soll einen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle der Ozeane im globalen Kohlenstoffkreislauf liefern. Die Ergebnisse dieser Grundlagenforschung sollen dazu beitragen, die in internationalen Konventionen erwähnten Wissenslücken zu schließen, um den potentiellen Beitrag von Ozeandüngungsexperimenten zur Reduktion des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre besser einschätzen zu können.

*Info:* Das Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut forscht in der Arktis, Antarktis und den Ozeanen der mittleren sowie hohen Breiten. Es koordiniert die Polarforschung in Deutschland und stellt wichtige Infrastruktur wie den Forschungseisbrecher „Polarstern“ und Stationen in der Arktis und Antarktis für die internationale Wissenschaft zur Verfügung. Das Alfred-Wegener-Institut ist eines der fünfzehn Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft, der größten Wissenschaftsorganisation Deutschlands.

([http://www.awi.de/de/aktuelles\\_und\\_presse/pressemitteilungen/detail/item/bekanntgabe\\_lohafex/?cHash=65ed54908a](http://www.awi.de/de/aktuelles_und_presse/pressemitteilungen/detail/item/bekanntgabe_lohafex/?cHash=65ed54908a), [http://www.awi.de/de/aktuelles\\_und\\_presse/pressemitteilungen/detail/item/lohafex\\_an\\_indo\\_german\\_iron\\_fertilization\\_experiment\\_what\\_are\\_the\\_effects\\_on\\_the\\_ecology\\_and\\_carb/?cHash=91f2104ee7](http://www.awi.de/de/aktuelles_und_presse/pressemitteilungen/detail/item/lohafex_an_indo_german_iron_fertilization_experiment_what_are_the_effects_on_the_ecology_and_carb/?cHash=91f2104ee7), RNZI 15.01.09)

## **AIDS-Kranke stark diskriminiert**

Im gesamten Pazifik werden Menschen mit dem HIV/AIDS-Virus diskriminiert. Das ergab ein anlässlich des internationalen Weltaidstages am 1. Dezember veröffentlichter Bericht der „Pacific Islands AIDS Foundation“ (PIAF). Die PIAF befragte dazu in mehreren pazifischen Staaten AIDS-Kranke nach ihren Erfahrungen im öffentlichen Leben. Die meisten Interviewten fühlten sich ob ihrer Krankheit stigmatisiert und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. So berichteten viele, dass Nachbarn und Freun-

de den Besuch in ihrem Haus scheuten aus Sorge, sich mit der Immunschwächekrankheit anzustecken.

Als Grund für die Diskriminierung im öffentlichen Leben - etwa im Berufsalltag oder bei Arztbesuchen und in Geschäften - bezeichnete PIAF-Geschäftsführerin Maire Bopp-Dupont Allport die schlichte Unkenntnis über Übertragungswege, Verhütungs- und Behandlungsmöglichkeiten der Krankheit. Die PIAF hat deshalb Ende letzten Jahres die Broschüre „HIV and your rights in the Pacific Islands“ herausgegeben. In einfachen Worten werden darin grundlegende Informationen über AIDS veröffentlicht sowie Anlaufstellen für Erkrankte genannt. Die Broschüre gibt auch Tipps im Umgang mit Ämtern und Behörden, nennt Ansprechpartner in den jeweiligen Ländern und beschreibt ausführlich die Rechte von AIDS-Kranken in Beruf und Alltag.

Um möglichst viele Menschen auf der *grassroot*-Ebene zu erreichen, wurde das Infoheft in Englisch, Fidschianisch und dem salomonischen Pidgin herausgegeben. Die Übersetzung in weitere pazifische Sprachen, wie etwa dem Rarotongan Maori, ist geplant.

Die PIAF hat ihren Amtssitz in Avarua auf der Insel Rarotonga (Cookinseln). Die Nichtregierungsorganisation wird u.a. finanziell unterstützt von der neuseeländischen Entwicklungshilfeorganisation NZAid, dem Weltkirchenrat und dem Internationalen Roten Kreuz. Die Organisation wurde 2000 von der aus Französisch-Polynesien (Tahiti) stammenden Maire Bopp gegründet, nachdem sie zwei Jahre zuvor (1998) als erste Frau aus dem Pazifik mit ihrer AIDS-Erkrankung an die Öffentlichkeit gegangen war. Bopps Bekenntnis verschaffte ihr weltweit Aufmerksamkeit, sie sprach über AIDS und seine Folgen auf internationalen Konferenzen mit u.a. Nelson Mandela und Bill Clinton.

Nach Angaben der PIAF waren im Jahr 2007 pazifikweit geschätzte 74.000 Menschen an AIDS erkrankt. „Offiziell“ waren den Gesundheitsbehörden 15.363 Erkrankungen bekannt, davon allein 14.276 in Papua-Neuguinea. (<http://ssltd.he.net/~piaf2/index.php> Pacific Islands AIDS Foundation, <http://www.1000peacewomen.org/typo/index.php?id=14&L=1&WomenID=949>, ABC online 01.12.08)

### Bakterien als Indiz für Migrationsbewegungen?

Ein australischer Nobelpreisträger des Jahres 2005, Professor Barry Marshall, erforscht derzeit als Mitglied eines internationalen Teams die Migrationsbewegungen im Pazifik mit Hilfe des Bakteriums „*Helicobacter pylori*“. 1982 hatten der Medizinprofessor und der mit ihm befreundete Pathologe Dr. Robin Warren bei einem Eigenversuch Marshalls entdeckt, dass dieses Magenbakterium die Ursache von Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüren sowie von Magenkrebs ist. Sie hatten dafür den Nobelpreis für Medizin bekommen. 1994 erkannte die Weltgesundheitsorganisation WHO das Bakterium als Hauptverursacher von Magenkrebs an.

Mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung trägt eine Form des Bakteriums in sich. Die Bakterien treten dabei auf verschiedenen Kontinenten in abgewandelter Form auf. Bisher unterschieden Biologen fünf Bakterienpopulationen. Forscher am „Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie“ in Berlin und an der Universität von Cork in Irland haben nun eine neue Population von *Helicobacter pylori*-Bakterien entdeckt, die den Ureinwohnern Australiens und Neuguineas eine gemeinsame Wiege bescheinigt.

Ein internationales Forscherteam um Professor Mark Achtman hat anhand des Magenbakteriums die Studien von Archäologen, Sprachwissenschaftlern und Humangenetikern ergänzt und bestätigt: Der Pazifik wurde in zwei Wellen von Einwanderern besie-

delt. Die ältesten Ahnen des modernen Menschen lebten schon vor 31.000 bis 37.000 Jahren in Australien und Neuguinea. Sie kamen durch eine Völkerwanderung aus Asien, die von der *Helicobacter*-Population *hpSahul* begleitet wurde. Die Wissenschaftler fanden dieses Bakterium bei den Ureinwohnern Australiens sowie bei den Hochländern in Neuguinea, die wahrscheinlich während der letzten Eiszeit von Asien nach Sahul zogen. Damals hatten sich Australien, Neuguinea und Tasmanien zum Kontinent Sahul vereinigt. *HspMaori*, eine Unterart der Population *hpOstasien*, war das zweite Bakterium, das eine Völkerwanderung im Pazifik begleitete. Seine Verbreitung im Magen der meisten Ureinwohner Taiwans, Melanesiens und Polynesiens belegt die zweite große Völkerwanderung von Taiwan aus in Richtung Melanesien und Polynesien vor ca. 5.000 Jahren.

Professor Mark Achtman vom „Environmental Research Institute and Department of Microbiology“ an der Universität von Cork beschäftigt sich seit 1998 mit *Helicobacter pylori*. Das Buch "Guns, Germs and Steel" von Jared Diamond, das die Entwicklung der Völker in Europa und Asien beschreibt, brachte ihn auf die Idee, Völkerwanderungen mithilfe des Magenbakteriums nachzuvollziehen. Seine aktuelle Studie baut nun auf Ergebnisse auf, die der Wissenschaftler in früheren Untersuchungen gewann. "*Mittlerweile ist bekannt, dass Helicobacter pylori regional verschieden ist*", erklärt Achtman. "*Vor etwa zehn Jahren entdeckten wir, dass sich die Bakterien in Europa von denen in China unterscheiden. 2003 konnten wir zeigen, dass eine Art der Bakterien mit den Sklaven nach Nordamerika kam.*" Als Achtman schließlich im Jahr 2004 in Nordindien unterschiedliche Bakterien bei Muslimen und Buddhisten fand, sei ihm endgültig klar gewesen, dass sich Völkerwanderungen anhand der *Helicobacter pylori* gut darstellen lassen.

Die Proben, auf denen die aktuellen Untersuchungen basieren, stammen aus verschiedenen Quellen. In einigen Ländern bekamen die Wissenschaftler diese direkt von Ärzten und Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. In anderen Ländern vermittelten die Mediziner ihnen Ureinwohner, die bereit waren, sich an der Studie zu beteiligen. So nahmen Hochländer aus Papua-Neuguinea ebenso teil wie Nachfahren der Ureinwohner Australiens, die mitten in der australischen Wüste leben. Der japanische Wissenschaftler Yoshio Yamaoka lieferte die Bakterien aus Taiwan.

Professor Barry Marschall und Dr. Helen Windsor haben die Studie mit Magenkeimen aus Australien unterstützt. Professor Marshall ist Professor für klinische Mikrobiologie an der Universität von Western Australia. Er hat zudem einen Lehrauftrag an der Pennsylvania State University. Der am 30. September 1951 geborene Arzt forschte im letzten Jahr am „Max Planck Institute for Infection Biology“ gemeinsam mit seiner Kollegin Dr. Helen Windsor über die Tatsache, dass Aborigines nie an der spezifisch durch das Bakterium verursachten Form des Magengeschwürs erkrankten. Der Mediziner hatte dazu die These aufgestellt, dass Aborigines zu den circa 50 % der Weltbevölkerung gehören, die nicht Träger von *Helicobacter pylori* sind. Überraschenderweise konnten Tests jedoch das Bakterium im Magen von Aborigines nachweisen. Zusätzlich erbrachten die Ärzte den Nachweis, dass einige Aborigines über die „europäische“ Form des Bakteriums verfügten, ein Viertel der Aborigines aber über eine Art des Bakteriums, das mit Bakterienträgern im Hochland von Papua-Neuguinea verwandt ist.

Marshall erklärte, die Analyse des Magenbakteriums liefere weitaus genauere Ergebnisse als eine DNA-Analyse. Eine DNA-Analyse basiere auf der von der Mutter ererbten mitochondrialen DNA, hier könne man nur rund 30 verschiedene Gene nachweisen. Mit

mehr als 1.000 Genen sei die DNA von *Helicobacter pylori* aber weitaus differenzierter, so dass man genauere Rückschlüsse auf die Herkunft eines Menschen ziehen könne, sagte Marshall in einem Interview mit dem Hörfunksender ABC Australia.

Vor der Forschungsarbeit von Prof. Achtmann mit der Entdeckung der weiteren *Helicobacter*-Variante waren fünf große Stämme des Bakteriums bekannt, einer bei Europäern, zwei Varianten bei Asiaten und Afrikanern, einer bei Spaniern, Portugiesen und Südamerikanern und einer bei Ostasiaten und Indianern.

Die Untersuchungen in Europa und den USA sind schwierig, weil der Keim dort durch die von Robin Warren und Barry Marschall initiierte Keimbeseitigung - eine der medizinischen Großtaten des 20. Jahrhunderts - weitgehend ausgerottet ist.

(ABC 26.01.09, Pressemitteilung Max Planck Institut vom 23.01.09, Email Dr. Helmut Pantlen 11.02.09, <http://www.healthsystem.virginia.edu/internet/digestive-health/events/ProfileBarryMarshall.pdf>, <http://www.studyat.uwa.edu.au/postgrad/research-leaders/marshall>)

### **Kava darf in zwei Jahren wieder in Europa gehandelt werden**

Für Erleichterung sorgte bei den Kava-Pflanzern in Fidschi und Vanuatu die Ende November letzten Jahres in Brüssel gefallene Entscheidung der Mitgliedsstaaten des „International Kava Executive Council“ (IKEC), die Einfuhr und den Handel mit Kava in Europa in den nächsten zwei Jahren erneut zu genehmigen. Bei dem Treffen in Belgien hatten sich die Vertreter der Interessensgemeinschaft IKEC mit Vertretern der Europäischen Kommission und der deutschen Regierung auf diese Zeitleiste geeinigt.

Deutschland hatte 2002 die Einfuhr und den Verkauf von Kava und kavahaltigen Medizinproduk-

ten verboten, nachdem einige wissenschaftliche Studien Leberschädigungen durch übermäßigen Kavaeuss nachweisen konnten.

Der Vorsitzende des IKEC, der Fidschianer Ratu Josateki Nawalowalo, erklärte jetzt, die Europäische Kommission habe sich von aktuelleren medizinischen Studien überzeugen lassen, dass es keine messbaren gesundheitsschädlichen Folgen von Kava konsum gebe. Die Pazifikinsulaner konsumierten seit über 3.000 Jahren Kava und bislang sei noch niemand daran gestorben, zeigte sich Nawalowalo kämpferisch. Man wolle nun die nächsten beiden Jahre nutzen, um eine strengere Qualitätskontrolle der Kava in den kavaexportierenden Ländern (vor allem Fidschi und Vanuatu) zu entwickeln. Es bliebe zu überlegen, ob man auf Kava und Kavaprodukte nicht eine Art Gütesiegel vererbe, dass dem „Appellation d'Origine Contrôlée“ (A.O.C.) der französischen Weine ähnele, erklärte der Fidschianer weiter. Dies könne zukünftig sogar dazu führen, dass man in der Öffentlichkeit Kava als „das Getränk“ mit dem Pazifik verbinde, genauso wie man den Champagner immer mit Frankreich in Verbindung brächte, sagte Nawalowalo.

*Info:* Der „International Kava Executive Council“ ist eine Non-Profit-Organisation, die sich im November 2003 in Folge des europaweiten Kavaverbots gegründet hat. Der IKEC ist eine Interessensgemeinschaft der kavaexportierenden pazifischen Staaten Fidschi, Vanuatu, Tonga und Samoa. Ihm gehören Kavapflanzer, Kavahändler, Pharmazeuten, Vertreter von heilpflanzlichen Produkten sowie offizielle politische Delegierte aus Ländern der Europäischen Union und des Pazifiks an. Ziel des „Kava-Rates“ ist es, die ehemals guten Handelsbeziehungen zwischen Europa und dem Pazifik im Hinblick auf Kava und Kavaprodukte wieder aufleben zu lassen und Kava wieder nach Europa einführen zu können. Bis zum Verbot von Kava

in Deutschland durch das „Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte“ am 17. Juni 2002 war Kava eines der wichtigsten Exportgüter für Fidschi. So exportierte der Staat Anfang der 1990er Jahre Kava im Wert von über 50 Millionen Euro jährlich nach Europa. (*Flash d'Océanie* 14.11.08, *Samoa Observer* 08.11.08, <http://ikec.org/organization/index.html>, <http://www.bfarm.de>, *Radio NZI* 12.11.08)

### Anti-Malaria-Netzwerk gegründet

Mitte Februar hat sich in Brisbane (Queensland, Australien) ein Netzwerk zur Bekämpfung der Malaria gegründet. Das „Asia-Pacific Malaria Elimination Network“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Malariaerkrankungen im Pazifik zu erforschen und die oft tödlich verlaufende Krankheit bis 2050 zu eliminieren.

Der Vorsitzende der Organisation, Professor Sir Richard Feachem, sagte, man sei besonders an den Malariabekämpfungsprogrammen auf den Salomonen und Vanuatu interessiert. Beide Staaten konnten erfolgreich die Zahl der Malariaerkrankungen senken, indem sie z.B. Moskitonetze verteilten und Aufklärungskampagnen in den Dörfern durchführten.

Professor Feachem zeigte sich von dem dreitägigen Gründungstreffen des Netzwerkes angetan. Vertreter von acht pazifischen Staaten seien der Einladung nach Australien gefolgt. Verabredet wurde bei diesem ersten Treffen, sich besonders um die Ausrottung der „pazifischen“ Form der Malaria durch den Erreger „*Plasmodium Vivax*“ zu bemühen. Man habe sich in den bisherigen medizinischen Forschungen viel zu sehr auf die „afrikanische“ Malaria – sprich: einen anderen Erreger- konzentriert, bemängelte Feachem, Professor für Globale Gesundheit an der Universität von Kalifornien.

In einem nächsten Schritt sollen nun Gelder für das Netzwerk

eingeworben werden. Man denke dabei an die australische Regierung, an die pazifischen Anrainerstaaten Japan und Südkorea, aber auch an die Bill und Melinda Gates-Stiftung, so der Arzt. Bislang gehören zehn Staaten dem Netzwerk an: Bhutan, China, Indonesien, Malaysia, Nordkorea, die Philippinen, die Salomonen, Südkorea, Sri Lanka und Vanuatu. (*ABC* 13.02.09, [http://www.globalhealthreporting.org/article.asp?DR\\_ID=56862](http://www.globalhealthreporting.org/article.asp?DR_ID=56862))

### Neuer WHO-Regionaldirektor

Zum 1. Januar 2009 hat der Koreaner Dr. Shin Young-soo sein Amt als Regionaldirektor für den Bereich Ozeanien bei der Weltgesundheitsorganisation WHO angetreten. Der 64-jährige Arzt war bis dato Professor für Medizin an der Universität von Séoul. Young-soo wurde bei der 59. WHO-Mitgliederversammlung für die Region „Western Pacific“ Ende September in Manila zum Nachfolger des Japaners Shigeru Omi gewählt, der das Amt des Regionaldirektors in den letzten zehn Jahren innehatte. Der Koreaner konnte sich gegen die beiden anderen Kandidaten - Dr. Tee Ah Siab aus Malaysia und Dr. Viliami Ta'u Tangi aus Tonga - durchsetzen.

Young-soo arbeitet seit über 30 Jahren als Berater und Projektleiter eng mit der WHO zusammen. Er nahm seine Arbeit jetzt im Regionalbüro der WHO im philippinischen Manila auf. In einer ersten Grundsatzrede äußerte sich der neue Regionaldirektor zu den Herausforderungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Die globale Finanzkrise schränke die finanziellen Möglichkeiten im Gesundheitssektor stark ein, erklärte Young-soo. In weiten Teilen der Erde bedrohten Kriege und terroristische Aktivitäten Leib und Leben der Bewohner und zunehmend gefährdeten auch die Folgen des Klimawandels die Gesundheit.

*Info:* Die Weltgesundheitsorganisation ist eine internationale Organisation der Vereinten Nationen. Sie wurde 1948 in Genf gegründet und bearbeitet alle über den Rahmen nationaler Gesundheitsorganisationen hinausgehenden gesundheitspolitischen Fragen mit dem Ziel der „Herbeiführung des bestmöglichen Gesundheitszustandes aller Völker“. (<http://www.who.int/about/regions/wpro/en/index.html>, <http://www.wpro.who.int/Wissen.de>)

### Deutschland akkreditiert Botschafter bei der ASEAN

Deutschland hat seit Mitte Februar einen ständigen Vertreter bei der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN in Jakarta (Indonesien). Botschafter Paul Freiherr von Maltzahn überreichte dem Generalsekretär der ASEAN, Dr. Surin Pitsuwan, sein Akkreditierungsschreiben. Von Maltzahn ist gleichzeitig der deutsche Botschafter in Indonesien.

Die Bundesregierung setzt sich seit langem für eine stärkere regionale Verflechtung in Südostasien und starke Beziehungen der Europäischen Union (EU) zu den ASEAN-Staaten ein. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 vereinbarten beide Regionen im Rahmen der so genannten „Nürnberger Erklärung“ der Außenminister eine substanzielle Vertiefung ihrer Beziehungen.

Mit dem Inkrafttreten der ASEAN-Charta am 15. Dezember 2008 erlangte die ASEAN-Gemeinschaft Rechtspersönlichkeit - ähnlich wie die Europäische Union. Auch die Akkreditierung von Botschaftern wird so möglich. Neben Deutschland benennen noch weitere EU-Mitglieder ständige Vertreter.

Mit der neuen ASEAN-Charta verbindet die EU die Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der regionalen Integration. Daneben besteht die Erwartung, dass das geplante Menschenrechtsorgan

der ASEAN zur Stärkung und Achtung der Menschenrechte in Südostasien beitragen wird.

Voraussetzung für eine effektive ASEAN-Gemeinschaft sind funktionierende Strukturen. Deutschland unterstützt deshalb bis 2010 die Stärkung der ASEAN-Institutionen mit fünf Millionen Euro.

Mitglieder der ASEAN-Staatengemeinschaft sind Brunei Darussalam, Laos, Indonesien, Kambodscha, Vietnam, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur und Thailand.  
(<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090212-ASEANBotschafter.html>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Hexenjagd nach AIDS-Toten

Immer mehr Menschen in den ländlichen Regionen von Papua-Neuguinea machen junge Frauen für den Tod von AIDS-Kranken verantwortlich. Auf diese angeblichen „Hexen“ wird dann eine regelrechte Hexenjagd im Dorf angesetzt. Die einheimische Tageszeitung „Post-Courier“ berichtet seit Ende letzten Jahres vermehrt über ermordete Frauen in der Region um Mount Hagen (Highlands Province). Bei den „Hexenjagden“ kommt es zu unvorstellbaren Grausamkeiten. Um den Tod eines an AIDS erkrankten Menschen zu rächen, quälen Familienangehörige zu „Hexen“ stigmatisierte Frauen. Anfang Januar wurde eine ca. 16 bis 20 Jahre junge Frau zunächst mit Macheten schwer verletzt, anschließend mit kochendem Wasser zu Tode verbrannt. Die lokale Polizei fand die nackte Leiche später auf einer Müllkippe. Simon Kauba, Chef der Polizeitruppe im Hochland, erklärte, die ermordete Frau sei mit neuen AIDS-

Erkrankungen im Dorf in Verbindung gebracht worden. Das berichteten Polizisten auch aus anderen Landesteilen.

Lokale Medien berichten in aller Ausführlichkeit über Foltermethoden und Racheakte. (Anmerkung der Redaktion: Die Details aus diesen Artikeln erspare ich den Lesern).

Mitarbeiter des „Melanesien Institute“ in Goroka, die zum Thema Hexerei forschen, erklärten gegenüber den Medien, die Menschen würden unerklärliche Todesfälle einfach auf „Hexen“ schieben. Da große Unkenntnis über die Übertragungswege und Ansteckungsgefahren der Immunschwächekrankheit AIDS/HIV im dörflichen Kontext herrsche und die Krankheit stark tabuisiert sei, könnten sich Aidskranke aus Angst vor Ausgrenzung nicht offen zu ihrer Erkrankung bekennen. Dies führe dazu, dass Gerüchte über die Todesursache kursierten. Die Schuld auf „Hexen“ zu schieben, sei einfach und gebe den Leuten ein Ventil für Angst und Hass, so das „Melanesien Institute“. (<http://www.mi.org.pg/diverse Artikel im Post-Courier, Flash d'Océanie 07.10.09>)

#### Port Moresby ist „Mörderhauptstadt“

Die neuguineische Hauptstadt Port Moresby gehört zu den fünf Hauptstädten weltweit, in der die Gefahr, auf offener Straße ermordet zu werden, besonders hoch ist. Das ist zumindest das Ergebnis einer Untersuchung des Hochglanzmagazins „Foreign Policy“, einer Zeitung der „World Bank Publications“ aus Washington (USA).

Die Zeitung beruft sich auf die Volkszählung aus dem Jahr 2000 und geht davon aus, dass Port Moresby rund 254.200 Einwohner hat. Die „Ermordungsquote“ beträgt hier 54 auf 100.000 Menschen. Die anderen vier Hauptstädte sind Caracas (Venezuela, 130 Mordfälle pro 100.000 Einwohnern bei 3,2 Mio. Bewohnern), Cape Town (Südafrika, 62

Mordfälle pro 100.000 Einwohnern bei 3,5 Mio. Bewohnern), New Orleans (USA, 67 bis 95 Mordfälle pro 100.000 Einwohnern bei 220.000 Bewohnern) und Moskau (Russland, 9,6 Mordfälle pro 100.000 Einwohnern bei 10,4 Mio. Bewohnern).

„Foreign Policy“ nennt als Gründe für die Einstufung von Port Moresby als „Mörderhauptstadt“ die hohe Bandenkriminalität von so genannten „raskols“, den korrupten Polizeiapparat und die hohe Anzahl von Gewaltverbrechen.

Die „Foreign Policy“ wurde 1970 u.a. von Samuel Huntington („Kampf der Kulturen“) gegründet und versteht sich als politisches Magazin, das kritisch den Einfluss der Globalisierung auf Politik, Wirtschaft und Alltag beschreibt. (*The National* 08.01.09, [http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story\\_id=4480](http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4480))

### Tödliches Betelnuss-Kauen

Der Präsident der „Medical Society“ von Papua-Neuguinea, Dr. Mathias Sapuri, hat bei der Nationalen Gesundheitsbehörde um die Beschränkung des Verkaufs und des Konsums von Betelnuss ersucht. Rund 2.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des übermäßigen Konsums der Nüsse, erklärte Dr. Sapuri. Betelnusskauen kann zu Mundkrebs, Zahnfleischentzündungen, Magengeschwüren und Magenkrebs führen. Das Ausspucken des roten Saftes verschmutze die Straßen, der rote Speichel trage außerdem zur Übertragung der Lungenkrankheit Tuberkulose bei, so Sapuri. Es sei dringend notwendig, den Konsum und den Verkauf von Betelnuss an öffentlichen Plätzen zu verbieten, forderte Sapuri. Wenn Betelnüsse nur noch in bestimmten Geschäften in den Städten erworben werden könnten, würden die Menschen die Nüsse mit nach Hause ins Dorf nehmen und damit verlöre das öffentliche Betelnusskauen an gesellschaftlichem Prestige. Betelnüsse haben keinen

Nährwert, auch hält der berauschte Kick nach Angaben des Arztes nur ein bis zwei Minuten an.

Anfang Januar trat in einer Testphase das Verkaufsverbot für Betelnuss auf dem Markt von Port Moresby in Kraft. Schon nach wenigen Tagen kam es auf dem „Hohola Betelnut Markt“ zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit zahlreichen Schwerverletzten, als Mitglieder der „National Capital District Commission Task Force“ die Stände von Betelnussverkäufern gewaltsam auflösten und die Standbetreiber vertrieben.

*Info:* Betelpalmen (*Areca catechu*) oder Arekapalmen sind in Südostasien von Thailand über Malaysia, die Philippinen bis nach Taiwan verbreitet. Es sind einstämmige Fiederpalmen, die bis zu 25 Meter hoch werden können. Die roten Früchte heißen Betelnüsse, haben etwa die Größe eines Hühnerreis und umschließen mit faserigem Fruchtfleisch den harten Kern. Unreife Betelnüsse werden kleingehackt und gekaut. Üblicherweise werden diese dazu in mit gelöschtem Kalk bestrichene Betelblätter gerollt, welche aber nicht von der Betelpalme, sondern vom Betelpfeffer (*Piper betle*) stammen. Da diese Mischung sehr bitter schmeckt, werden häufig Gewürze wie Pfefferminze, Lakritze oder auch Kautabak hinzu gegeben. Der Saft der Betelnuss ist rot und fördert den Speichelfluss. Der gelöschte Kalk bewirkt, dass das in den Nüssen befindliche Arecolin in das leicht euphorisierende Arecaidin und Methanol hydrolysiert. Der Kalk greift das Zahnfleisch enorm an. (*Post-Courier* 11.02.09, *The National* 23.02.09, <http://www.dr-bernhard-peter.de/Apotheke/seite179.htm>, <http://www.grow.de/Archiv/Magazine/03-01/Betelpalme/Betel03.htm>, *Wikipedia*)

## ADB gewährt Kredit

Die asiatische Entwicklungshilfsbank ADB (Asian Development Bank) gewährt der Regierung von Papua-Neuguinea einen Kredit in Höhe von 400 Millionen US Dollar für das „Highlands Region Improvement Investment Program“. Ziel ist die Verbesserung der Infrastruktur in den Hochlandregionen, wo etwa 40 % der rund sechs Millionen Einwohner des Staates leben. Die Renovierung und der Neubau von Verkehrsverbindungen im Hochland sollen Transportzeiten und Transportwege verkürzen und vor allem den Warentransport aus den wenigen Hochlandstädten in die Dörfer erleichtern. (*Flash d'Océanie* 18.12.08, <http://www.adb.org/Business/Opportunit ies/not/png/png-highlands-gpn.asp>)

## NBPOL eröffnet Raffinerie in England

„New Britain Palm Oil“ (NBPOL) plant den Bau einer Aufbereitungsanlage für Palmöl in England. Ein Ort wurde noch nicht bekannt gegeben. Der größte Palmölproduzent aus Papua-Neuguinea will 18 Millionen britische Pfund in die Anlage investieren. Ein Standort in Europa ermöglichen die engere Anbindung an europäische Märkte, erklärte Nick Thompson, Geschäftsführer von NBPOL. Bereits jetzt exportiert der Konzern 95 % seines Palmöls nach Europa. Mit der Anlage in England könne der Endverbraucher den Weg des Palmöls lückenlos nachprüfen, erklärte Thompson. Das sei im Sinne von Nachhaltigkeit und Umweltschutz wichtig. NBPOL wurde im September 2008 als einer der ersten Betriebe weltweit vom „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ (RSPO) zertifiziert. Damit wurde die nachhaltige und ethische Produktion von Palmöl unter Einhaltung der RSPO-Richtlinien bestätigt. (<http://www.nbpol.com.pg/>, *Post-Courier* 18.02.09)

## Parlamentarier nimmt an Amtseinführung in USA teil

Der für den Distrikt Bulolo zuständige Parlamentarier Sam Basil gehörte zu einer Gruppe von 22 Menschen aus der ganzen Welt, die zur Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama eingeladen worden waren. Basil war von der amerikanischen Botschaft in Port Moresby zur Teilnahme an dem „International Visitors Leadership Program“ mit dem Thema „Transition Power in the U.S. Federal System“ vorgeschlagen worden. Die Reise fand vom 13. bis zum 29. Januar statt, Höhepunkt war die Teilnahme an der Inaugurationsfeier des neuen Präsidenten in Washington. Die Teilnehmer der Reise kamen u.a. aus Ägypten, Ghana, Malaysia, Norwegen, Pakistan, der Ukraine, der Türkei und den Philippinen. Es handelte sich um Journalisten, politische Entscheidungsträger und hochrangige Akademiker, die sich in den 14 Tagen in einer Art Fortbildung einen Überblick über den Regierungswechsel in Amerika und die damit einhergehenden Reformen verschaffen sollten. Die Teilnehmer waren von den jeweiligen amerikanischen Botschaften in ihren Ländern aufgrund ihrer Führungs- und Vorbildfunktionen ausgewählt worden. Die US-Botschaft in Port Moresby erklärte, der 39-jährige Sam Basil sei ein „politischer Visionär“ und ein seriöser und engagierter junger Politiker.

Die Reise führte die Teilnehmer in die Bundesstaaten Ohio und North Carolina sowie am 20. Januar zur Amtseinführung nach Washington. Während seines Aufenthaltes hatte Basil mehrfach Gelegenheit, in den USA lebende „Wantoks“ aus Neuguinea zu treffen. Nachzulesen (mit Fotos) sind seine Erlebnisse in seinem privaten Internettagebuch unter folgender Adresse: <http://sambasil2009usa-trip.blogspot.com/> (*Post-Courier, The National* 09.01.09)



## BOUGAINVILLE

### Tanis neuer ABG-Präsident

Ende Dezember gewann das ehemalige Mitglied der „Bougainville Revolutionary Army“ (BRA), James Tanis, die Wahl zum Präsidenten der autonomen Provinzregierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG) mit 13.547 Stimmen. 14 Kandidaten hatten sich zur Wahl gestellt, Tanis größter Herausforderer war Sam Akoitai. Er unterlag mit 10.049 Stimmen.

Die Amtseinführung erfolgte am 6. Januar in Arawa (Zentral-Bougainville) mit einem traditionellen Singsing. Tanis wird rund 20 Monate im Amt sein, da er die Amtszeit seines im Juni 2008 plötzlich verstorbenen Amtsvorgänger Joseph Kabui nur beendet. Kabui wäre ursprünglich bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen im Juni 2010 im Amt geblieben. Tanis war zur Zeit der Bougainville-Krise Kommandant der BRA, sowie später Vizepräsident des „Bougainville Peoples' Congress“.

Mitte Januar ernannte der neue ABG-Präsident den Rechtsanwalt und ehemaligen Polizeiminister Ezekiel Massat zum Vize-Präsidenten. Zum Parlamentssprecher ernannte Tanis Herrn Andrew Miriki. Der aus dem Süden Bougainvilles (Buin) stammende Miriki ist ein Befürworter der Unabhängigkeit. Er war auf verschiedenen Positionen Minister im „Bougainville Interim Government“ (BIG) und dort zuständig für die Auslandskontakte. Miriki setzte sich u.a. bei den Vereinten Nationen in Genf für Bougainville ein. Trotz seiner Nähe zur secessionistischen Bewegung um Francis Ona trug er den Friedensprozess mit und nahm an den Friedensverhandlungen teil. Er hatte bislang erfolglos für verschiedene Ämter kandidiert.

Im März 1995 nahm Andrew Miriki als Vertreter des BIG an einem Seminar der Pazifik-Infostelle zum Thema „Entwicklung als

Auslöser von Konflikten- Der Fall Bougainville“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll teil. (ABC 30.12.08, *The National* 14.01.09, *Radio NZI* 20.10.09, *Post-Courier* 22.01.09, *Wikipedia*, *Email Dr. Volker Böge* 24.02.09)

### Japanische Entwicklungshilfe

Die japanische Regierung stellt in diesem Jahr 140 Millionen Kina Entwicklungshilfe zur Verfügung. Damit sollen Infrastrukturmaßnahmen in der Provinz Morobe und auf der Insel Bougainville durchgeführt werden. So soll die Brücke über den Markham-Fluss instand gesetzt werden. Außerdem sollen 15 Brücken und eine Küstenstraße zwischen Kokopau und Arawa auf der Insel Bougainville gebaut werden.

Das Entwicklungshilfeabkommen wurde Anfang des Jahres in Port Moresby von dem neuguineischen Außen, Handels- und Einwanderungsminister Sam Abal und dem japanischen Botschafter Hajime Nishiyama unterzeichnet. Bereits letztes Jahr hatten sich die Vertreter beider Länder auf Japans Unterstützung bei der Renovierung des Marktes von Wewak und dem Anleger im Hafen der Stadt geeinigt. Minister Abal betonte, dass Japan ein wichtiger Partner beim Ausbau der Infrastruktur in PNG sei. (*The National* 04.02.09)

## SALOMONEN

### Ehrendoktor für Parlamentssprecher

Der derzeitige Sprecher des salomonischen Parlaments, Sir Peter Kenilorea, hat Ende des letzten Jahres die Ehrendoktorwürde der australischen „University of Queensland“ erhalten. Er wurde damit für sein langjähriges politisches Engagement für den Friedensprozess auf den Salomonen geehrt.

Der am 23. Mai 1943 in Takataka (Insel Malaita) als Sohn eines Pastors der „South Seas Evangelical Church“ geborene Kenilorea war sowohl von 1978 bis 1981 als auch von 1984 bis 1986 Premierminister der Salomonen. Von 1988 bis 1989 und von 1990 bis 1993 war er Außenminister. Neben seinem Amt als Parlamentssprecher ist Kenilorea zurzeit Vorsitzender der Kommission zur Friedenskontrolle für Malaita Island, nachdem im Jahre 2000 dort Unruhen ausbrachen. Ende der 1990er Jahre war Kenilorea für drei Jahre Direktor der „Forum Fisheries Agency“ in Honiara.

Letztes Jahr veröffentlichte er unter dem Titel „Tell it as it is“ seine Autobiographie.

(ABC 04.12.08, *Wikipedia*, <http://www.uq.edu.au/news/index.html?article=16813>)

## FIDSCHI

### Pacific Islands Forum setzt Übergangsregierung erneute Frist

Führende Vertreter des „Pacific Islands Forums“ (PIF) haben der fidschianischen Übergangsregierung während einer Sondersitzung der regionalen Organisation, am 27. Januar 2009 in Port Moresby (Papua-Neuguinea) erneut eine Frist zur Abhaltung von Wahlen gesetzt. Sollte das Interimsregime um Frank Bainimarama nicht bis Ende 2009 Wahlen durchführen und hierzu bis Ende Mai 2009 einen konkreten Plan vorlegen, muss Fidschi mit schwerwiegenden Sanktionen von Seiten des Forums rechnen. Bainimarama hatte im Vorfeld erklärt, dass ohne den erfolgreichen Abschluss seines Reformprogramms (People's Charter) nicht an Wahlen zu denken sei. Dies könnte mitunter fünf bis zehn Jahre dauern. Das Regime hat bis dato mehrfach auferlegte Fristen versäumt. Ein im Jahre 2007 von Bainimarama abgegebenes Versprechen, spätestens im März 2009 Wahlen durchzuführen, wurde nicht eingelöst.

Fidschis Interims-Premierminister selbst nahm nicht an der Versammlung des PIFs teil. Er begründete sein Fernbleiben mit der Notwendigkeit, nach der verheerenden Flutkatastrophe im Land bleiben zu müssen. Dies wurde von vielen Vertretern des PIFs als Ausrede aufgefasst.

Fidschi wurde während des Treffens in Port Moresby durch den Interims-Generalstaatsanwalt, Aiyaz Saiyed-Khaiyum, vertreten. Dieser bezeichnete den neuen neuseeländischen Premierminister John Key nach einem Treffen als „unhöfliche“ und „uninformierte“ Person und verstärkte dadurch die Spannungen zwischen den beiden Ländern. Im Vorfeld der Versammlung kam es zur Entlassung des fidschianischen Sekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Ratu Isoa Gavid, da er sich enttäuscht über die Nichtteilnahme Bainimaramas am Treffen des PIFs geäußert hatte. Ratu Isoa sollte Fidschi in Port Moresby als Begleiter von Saiyed-Khaiyum vertreten. Einen Tag nach der Entlassung Gavidis wurde Fidschis Abgesandter in Port Moresby, Ratu Isoa Tikocia, aus ähnlichen Gründen zurück nach Fidschi beordert. Bainimarama bot an, am 4. Februar 2009 ein Treffen in Nadi abzuhalten, was von führenden Vertretern des Forums abgelehnt wurde.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dominik Schieder. Quellen: [www.fijilive.com](http://www.fijilive.com), [www.fijitimes.com](http://www.fijitimes.com), [www.forumsec.org.fj/pages.cfm/newsroom/press-statements/2009/forum-leaders-special-retreat-communicaton-fiji.html](http://www.forumsec.org.fj/pages.cfm/newsroom/press-statements/2009/forum-leaders-special-retreat-communicaton-fiji.html))

## Katastrophale Überflutungen

Die durch das Wetterphänomen La Niña ausgelösten Sturmfluten haben im Januar Fidschi erreicht und die gesamte Nordostküste der Hauptinsel Viti Levu geflutet. Besonders betroffen waren die Städte Nadi und Ba. Der amtierende Interims-Premierminister Franck Bainimarama rief Mitte Januar den zunächst auf 30 Tage befristeten Notstand für den Ar-

chipel aus. Um Plünderungen zu vermeiden, gilt von 18 Uhr abends bis 8 Uhr des Folgetages eine Ausgangssperre.

Bislang wurden dreizehn Opfer gemeldet, die zum Teil beim Baden in den über die Ufer getretenen Flüssen durch die Strömung mitgerissen wurden und ertranken. Der Katastrophenschutz und die Polizei mussten vor allem Jugendliche auf die Gefahren des Hochwassers hinweisen. Verbotsschilder warnen vor dem Schwimmen in Flüssen und im Meer, werden jedoch gerade von jungen Männern und Kindern nicht beachtet.

Die Flutwellen richteten großen Sachschaden an. So musste kurzzeitig die Hauptverbindungsstraße zwischen der Hauptstadt Suva und Nadi gesperrt werden. Auch der internationale Flughafen von Nadi setzte seinen Flugbetrieb aus. Die zweitwichtigste Hauptverbindungsachse der Insel, der so genannte „King Highway“, ist derzeit immer noch gesperrt.

Das „Fiji Disaster Management Office“ meldete 10.000 Flüchtlinge, die in provisorischen Camps untergekommen sind. Extrem betroffen sind die Pflanzler der Zuckerrohrplantagen. Sie gehen von einem Ernteausfall in Millionenhöhe aus.

Trotz der politisch angespannten Lage – die meisten Staaten erkennen Interims-Premierminister Bainimarama nicht an und haben bis zu demokratischen Neuwahlen wirtschaftliche Sanktionen gegen Fidschi erlassen – haben die USA, China, Australien, Neuseeland und Frankreich spontan ihre (finanzielle) Unterstützung bei der Bewältigung der Flutkatastrophe zugesagt. So übergab beispielsweise der französische Botschafter Michel Monnier in Suva dem Roten Kreuz 20.000 € für die Vertriebenen und Obdachlosen. Der australische Außenminister Stephen Smith, dessen Regierung 1,5 Mio. € spendete, erklärte, die politischen Spannungen zwischen den Staaten seien

kein Grund zur Unterlassung von humanitärer Hilfe. Auch die Regierung von Papua-Neuguinea, das selbst schwer von Überflutungen getroffen wurde, überwies 415.000 € im Rahmen des Katastrophenhilfefonds der „Melanesian Spearhead Group“. Über die UNICEF konnten bereits wenige Stunden nach den schweren Stürmen mit den damit einhergehenden Sturmfluten Decken, Zelte, Lebensmittel und Medikamente in die besonders stark betroffenen Regionen geschickt werden. Die Europäische Kommission spendete zweckgebunden 850.000 Euro. Wiepke van der Goot, der für den Pazifik zuständige EU-Delegierte (Head of Delegation for the European Commission for the Pacific), übergab das Geld dem fidschianischen Bildungsminister mit der Vorgabe, damit Schulen wieder aufzubauen, um vor allem den Grundschulen die zügige Wiederaufnahme des Lehrbetriebs zu ermöglichen.

Karitative Organisationen wie der Rotary Club und private Firmen wie die Telecom Fiji spendeten spontan dem von Bainimarama eingerichteten Nothilfe-Fonds für die Flutopfer. Die Telecom ermöglichte zudem von 5 bis 7 Uhr morgens und von 18 bis 20 Uhr abends kostenlose Telefonanrufe im gesamten Netz. Die beiden Mobilfunkanbieter Vodafone und Digicel zogen nach und ermöglichten den kostenlosen Versand von Emails.

Die Behörden sprachen von der schwersten Flut seit Menschengedenken. Das Ausmaß der Zerstörungen übertraffe bei weitem die Folgen der Fluten von 1956, 1972 und 1999, erklärte der Minister für ländliche Entwicklung, Ratu Epeli Nailatikau. Die grobe Schätzung der Sachschäden beläuft sich auf rund 50 Millionen US Dollar, von denen allein 8,3 Mio. US \$ auf die Zerstörung der Infrastruktur (Straßen und Brücken) entfallen. Im Agrarsektor gehen die Behörden von Schäden in Höhe von 26,3 Mio. US \$ aus.

Aus dem Norden von Viti Levu wurden bereits 600 Fälle von Ruhr (schwere bakterielle Durchfallerkrankung) gemeldet. Vier Menschen starben an den Folgen der Infektionskrankheit Leptospirose, an der bislang 14 Menschen erkrankten.

(Flash d'Océanie 12.01., 15.01., 19.01., 26.01., 24.02.09, BBC 14.01.09, Fijilive 19.01.09,

<http://globalvoicesonline.org/2009/01/15/fiji-flooding-the-economic-costs-will-be-massive/>,

[http://www.humanityfirst.org.uk/fiji/HF\\_PR\\_Fiji\\_Flooding\\_090129.pdf](http://www.humanityfirst.org.uk/fiji/HF_PR_Fiji_Flooding_090129.pdf))

## Übergangsregierung weist Hochkommissarin und Zeitungsverleger aus

Neuseelands Hochkommissarin in Fidschi, Caroline McDonald, wurde am 23. Dezember 2008 durch die Bainimarama-Interimsregierung zur *Persona non grata* (Status eines Diplomaten als unerwünschte Person) erklärt und in Folge dessen aufgefordert, binnen sieben Tagen das Land zu verlassen. Fidschis Interims-Generalstaatsanwalt, Aiyaz Sayed-Khaiyum, begründete diesen Schritt mit dem diplomatischen Verhalten McDonalds, das nach Meinung der Übergangsregierung gegen internationale Normen verstieß. Zudem warf man McDonald vor, mit Regimegegnern sympathisiert und aktiv gegen die Regierung gearbeitet zu haben. Dieser Schritt kann auch als bewusste Reaktion auf das nach wie vor bestehende Einreiseverbot für (Familien-)Angehörige des fidschianischen Militärs und der Übergangsregierung nach Neuseeland verstanden werden, das die neuseeländische Regierung nach dem Staatsstreich im Dezember 2006 verhängt hatte. In den Wochen vor der Ausweisung McDonalds führten diese Beschränkungen zu Spannungen und erreichten mit der Ablehnung eines Studentenvisums für den Sohn eines hochrangigen Regierungsbeamten einen Höhepunkt. Im Gegenzug ernannte die neuseeländische Regierung den fidschianischen Hochkommissar in Wellington,

Cama Tuiloma, ebenfalls zur „unerwünschten Person“ und forderte ihn auf, das Land umgehend zu verlassen. Neuseelands Außenminister, Murray McCully, zeigte sich bestürzt, jedoch wenig überrascht über diese Entwicklungen. Bereits im Juni 2007 hatte Fidschis Übergangsregierung McDonalds Vorgänger Michael Green ausgewiesen.

Am 26. Januar 2009 wurde der Australier Rex Gardner, Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung „Fiji Times“, aufgefordert, das Land zu verlassen und anschließend binnen weniger Stunden deportiert. Gardner folgte seinem australischen Vorgänger Evan Hannah sowie einem australischen Mitherausgeber der Tageszeitung „Fiji Sun“ (Russell Hunter), die Fidschi unter ähnlichen Umständen in den letzten zwölf Monaten verlassen mussten. Es ist offensichtlich, dass alle drei Journalisten aufgrund der Veröffentlichung von systemkritischen Artikeln, Leserbriefen und Kommentaren deportiert wurden, wenngleich die Übergangsregierung dies teilweise durch die Betonung von Verstößen gegen Einwanderungs- und Arbeitsgesetze zu verschleiern versuchte. Diese Entwicklungen stellen einen schweren Schlag für die ohnehin eingeschränkte Pressefreiheit in Fidschi dar.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dominik Schieder. Quellen: [www.fijitimes.com](http://www.fijitimes.com), [www.fijilive.com](http://www.fijilive.com), [www.solomontimes.com](http://www.solomontimes.com))

## Internetbrowser auf Fidschianisch

Die in Suva ansässige IT-Firma Avonsys arbeitet zurzeit an der Übersetzung des Browsers (d.h. Programm zur Darstellung von Webinhalten) „Mozilla Firefox“ in die fidschianische Sprache. Die Alpha-Version des „Fiji Firefox“ ging bereits Anfang Januar an den Start, bis Ende 2009 soll die Vollversion fertig sein. Die Mitarbeiter der Firma Avonsys erklärten, mit der Übersetzung falle die Beschränkung der Nutzung des Internets durch englischkundige

Fidschianer weg. Mit der einheitlichen Sprachversion könnten sich künftig auch Menschen ohne Fremdsprachenkenntnisse im Internet bewegen und beispielsweise Emails in fidschianischer Sprache mit Freunden austauschen. Der Geschäftsführer der IT-Firma, Franck Martin, sagte, Sprache entwickle sich beständig weiter und gerade an der Übersetzung technischer Begriffe aus dem Englischen ins Fidschianische mangle es noch. Der Fiji Firefox könne als „Open Source-Software“ ein Element zur Bewahrung und Weiterentwicklung der Sprache sein, erläuterte Franck im Interview mit Fijilive. Da es sich beim Fiji Firefox um eine frei verfügbare kostenlose Software handle, könne sich jeder aktiv an der Weiterentwicklung des Programms beteiligen.

(Fijilive 07.01.09,

<http://blog.mozilla.com/gen/category/fiji/>)

## Froschart nach 20 Jahren wiederentdeckt

Eine ausgestorben geglaubte endemische Froschart - der Fiji Ground Frog (lat. *Platymantis vitanus*) - ist in der Nakauvadra Gebirgskette auf der Insel Viti Levu wiederentdeckt worden.

Nach etlichen vergeblichen Expeditionen in diverse Wälder auf der fidschianischen Hauptinsel hatte im November 2008 eine Forschergruppe unter Leitung des „Institute of Applied Science“ der University of the South Pacific (USP) Glück. Gleich in der ersten Nacht entdeckten sie nahe ihres Camps den zuletzt vor 20 Jahren gesichteten Frosch. Die Expedition war gut vorbereitet in die Berge aufgebrochen. Zu dem Team gehörten Ornithologen, Archäologen, Herbatologen und Entomologen. Sie arbeiteten eng mit den Bewohnern kleiner Bergdörfer zusammen, die sich als Führer betätigten und das Team durch die Bergwelt begleiteten. Alle bisherigen Versuche, den Frosch in den Regenwäldern bei Savura, Wabu und Tomanivi und im Sovi Basin ausfindig zu machen, wa-

ren gescheitert.

Marika Tuiwawa, Expeditionsleiterin und Kuratorin des südpazifischen Herbariums an der USP sagte, das Auffinden des Frosches in der Nakauvadra Range belege die Theorie der Wissenschaftler, dass es sich bei diesem Gebiet um eine regelrechte "Arche Noah" handle, in der noch etliche als ausgestorben geltende Tiere und Pflanzen entdeckt werden könnten.

*Info:* Auf den fidschianischen Inseln sind zwei Froschgattungen endemisch: Der "Fiji Tree Frog" und der "Fiji Ground Frog". Bisher waren Forscher davon ausgegangen, dass die beiden Arten des „Ground Frog“, der *Platymanthis vitianus* und der *Platymanthis megabotoniviti*, vor über 20 Jahren durch die Einführung von Mungos und den Einfluss der Menschen auf den Inseln Vanua Levu und Viti Levu ausgestorben waren.

(<http://www.wildlifeextra.com/go/news/fiji-frog565.html>,

<http://www.arkive.org/fiji-ground-frog/platymanthis-vitianus/>)

### Neuer Botschafter bestellt

Im September letzten Jahres wurde Michel Monnier zum französischen Botschafter in Fidschi bestellt. Monnier wurde am 12. Juni 1950 geboren. Der verheiratete Vater zweier Kinder begann seine diplomatische Karriere 1972 in Abidjan. Es folgten Berufungen nach Irland, Sri Lanka, zu den Vereinten Nationen nach Genf, nach Portugal, Saudi-Arabien, die Niederlande und Luxemburg. 2001 kehrte Monnier nach Frankreich zurück, wo er bis dato als Berater am „Institut des hautes études de défense nationale“ tätig war.

(Flash d'Océanie 25.09.08, [http://www.ambafrance-fj.org/article.php3?id\\_article=458](http://www.ambafrance-fj.org/article.php3?id_article=458))

## VANUATU

### Neuer australischer Hochkommissar

Der australische Außenminister Stephen Smith hat im November letzten Jahres Pablo Kang zum neuen australischen Hochkommissar für Vanuatu ernannt. Kang trat sein Amt am 1. Januar 2009 in Port Vila an. Er ist Nachfolger von John Pilbeam, der dieses Amt seit Januar 2005 innehatte.

Kang begann seine diplomatische Karriere 1996. Von 1999 bis 2002 war er Botschaftssekretär in der australischen Botschaft in London. Von 2004 bis 2005 war er Berater für die Außenbeziehungen zum Pazifik im Kabinett des Premierministers. Von 2006 bis dato arbeitete Kang als Direktor der wirtschaftlich-politischen Abteilung in der australischen Botschaft von Manila (Philippinen). Kang ist verheiratet und hat einen minderjährigen Sohn.

Kang soll sich nun vor allem um die Erstarkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Australien und Vanuatu kümmern. Vanuatus größter Entwicklungshilfegeber ist Australien. So sollen neue „Pacific Partnership for Development“-Abkommen geschlossen werden. Geplant ist auch, dass sich Vanuatu dem australisch-pazifischen Austauschprogramm für saisonale Gastarbeiter anschließt („Australia's Pacific Seasonal Worker Pilot Scheme“).

([http://www.foreignminister.gov.au/releases/2008/fa-s170\\_08.html](http://www.foreignminister.gov.au/releases/2008/fa-s170_08.html),

<http://www.dailypost.vu/index.php?news=3564>)

### Erster Ni-Vanuatu wird Botschafter in China

Erstmals ist ein indigener Ni-Vanuatu zum Botschafter Vanuatus in Chinas Hauptstadt Beijing (Peking) ernannt worden. Mitte Januar berief der vanuatische Außenminister Bakoa Kaltongga den aus South East Tanna stammenden Willie Toama zum ersten Botschafter. Toama war zuvor Vizekonsul von Vanuatu im

Konsulat von Shanghai. Minister Kaltongga sagte, es sei das erste Mal seit Eröffnung der Botschaft in China, dass ein Einheimischer das höchste diplomatische Amt übernehme. Es sei wichtig, hochqualifizierte Ni-Vanuatus in entscheidende politische Ämter zu bringen. So solle bald auch ein Einheimischer in die Botschaft nach New York entsandt werden. Außerdem plane man die Eröffnung weiterer diplomatischer Vertretungen in Neuseeland und Australien. (*Port Vila Presse* 17.01.09)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Unabhängigkeits-Befürworter plädieren für „Personalausweis“

Die Parteien „Union Calédonienne“ und die „UNI-FLNKS“ (Front de Libération nationale kanak et socialiste) haben Anfang des Jahres beim Regionalparlament von Neukaledonien eine Entschlussvorlage zur Diskussion eingereicht. Die die Unabhängigkeit befürwortenden Parteien möchten einen eigenen „Personalausweis“ für die Bürger des Landes einführen, d.h. ein mit einem Passfoto versehenes Dokument, das den Inhaber als Staatsbürger von Neukaledonien ausweist. Der Ausweis könne dazu beitragen, die im Abkommen von Nouméa von 1998 festgeschriebene „Identitätsstiftung“ zu unterstützen, erklärten die Sprecher beider Parteien. Bereits im letzten Jahr hatte sich Neukaledonien auf eine eigene Nationalhymne, ein Staatsmotto und das Design der künftigen Banknoten geeinigt. Keine Einigung konnte bislang über den offiziellen Namen des melanesischen Inselstaates und die zukünftige Nationalflagge erzielt werden.

Das Abkommen von Nouméa sieht die Abnabelung des französischen Überseegebietes vom französischen Mutterland vor sowie eine Volksabstimmung über den künftigen politischen Status

im Zeitraum zwischen 2014 und 2018.

*Letzte Meldung:* In seiner Sitzung vom 22. Februar lehnte das Regionalparlament die Einführung eines neukaledonischen Passes ohne weitere Begründung ab. (*Oceania Flash* 06.01.09, 26.02.09)

## Dengue-Epidemie fordert Opfer

Bei einer der schlimmsten Dengue-Fieber-Epidemien seit Jahren sind in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres 1.400 Erkrankungen gemeldet worden. Zum Vergleich: Im ganzen letzten Jahr wurden nur 1.100 Dengue-Fälle bei den Gesundheitsbehörden bekannt. Bei der diesjährigen Epidemie handelt es sich um den Virus mit dem Serotypen 4, der einen besonders schweren Krankheitsverlauf hervorruft. Bisher starb ein 59-jähriger Mann im Distrikt Magenta an den Folgen des Fiebers.

In den vergangenen 30 Jahren konnte nur der Dengue-Virus des Serotypes 1 in Neukaledonien diagnostiziert werden, so dass die Menschen keine Immunität gegen den Virus mit dem Serotypen 4 entwickeln konnten.

Betroffen ist vor allem die Hauptstadt Nouméa mit den angrenzenden Vororten. Von dort werden rund 80 Neuerkrankungen pro Tag gemeldet.

Die Behörden haben mit der Aufstellung von Infrarot-Wärme-kameras am internationalen Flughafen La Tontouta begonnen. Die Kameras scannen die Körpertemperatur der ankommenden Gäste. Menschen mit erhöhter Temperatur werden sofort zum nächsten Arzt zu einer Kontrolluntersuchung geschickt.

Die hohen Temperaturen in Verbindung mit Starkwind, Regenfällen und Überflutungen begünstigen die Ausbreitung der Krankheit. Die Bevölkerung wurde angewiesen, stille Gewässer zu meiden, Moskitonetze zu benutzen

und sich mit Insektenschutzmitteln einzureiben. Diese werden kostenlos unter der Stadtbevölkerung verteilt. Die Kosten hierzu übernahm die französische Regierung, die insgesamt 165.000 € Soforthilfe zur Anschaffung von Medikamenten, Moskitonetzen und Insektenschutzmitteln bereitstellte.

Aus der Luft besprühen Flugzeuge den Innenstadtdistrikt von Nouméa mit Insektengift, um der Moskitoplage Herr zu werden.

(*Radio Australia* 18.02.09, *Oceania Flash* 24.02.09)

## MIKRONESIEN

### Umweltpreis für Riffschutz

**Marshallinseln:** Cary Evarts und Karen Earnshaw sind Ende Dezember von der „Seven Seas Cruising Association“ (SSCA) mit dem „Clean Wake“-Preis für besonderes Umweltschutzengagement ausgezeichnet worden.

Die SSCA ist eine nicht-kommerzielle Vereinigung von Seglern, die mit ihren Yachten über die Weltmeere kreuzen. Sie wurde 1952 in den USA gegründet und hat inzwischen 10.000 Mitglieder, die sich gezielt für umweltbewusstes Verhalten auf See einsetzen.

Evarts und Earnshaw haben mit ihrer Yacht „Seal“ über zehn Jahre in Majuro geankert. Sie stellten erfolgreich einen Antrag zum Riffschutz beim Mikro-Darlehens-Fonds der Vereinten Nationen (United Nations Global Environment Facility's Small Grants Program, GEF). 2007 gewährte der GEF 50.000 US Dollar, die treuhänderisch verwaltet werden vom „Mieco Beach Yacht Club“ in Majuro. Der Yacht Club hat sich zur Ausführung des Riffschutzprojektes zusammengetan mit dem College of the Marshall Islands, dem Marshalls Billfish Club, der Marshall Islands Visitors Authority und der Marshall Islands Marine Resources Authority.

Die Initiatoren des „Mieco Beach Yacht Club Mooring Project“, Evarts und Earnshaw, hatten beobachtet, dass während des Wochenendes viele Yachten vor kleinen Inseln ankerten. Die Yachtbesitzer wollten dort schnorcheln, schwimmen und picknicken. Die Korallenriffe vor diesen so genannten „Picknickinseln“ waren durch Anker und herabfallende Ankerketten stark geschädigt worden. Mit dem Geld des GEF konnten nun insgesamt 15 Schwimmböjen entlang der beliebtesten Picknickinseln ausgebracht werden. Die Schiffe können an diesen Böjen anlegen und brauchen nicht mehr Anker zu werfen.

Zur Gestaltung der Böjen hatte der „Mieco Beach Yacht Club“ zu einem Kunstwettbewerb aufgerufen. Die bemalten Böjen konnten zunächst im „Tide Table“ Restaurant in Majuro besichtigt werden. Die Böjen zeigen neben grafischen Elementen entweder den Namen eines Riffschützers von den Marshallinseln oder den Namen eines Landeigners, der seine Insel kostenlos als Picknickinsel zur Verfügung stellt.

Mit dem „Clean-Wake“-Preis zeichnet die SSCA jährlich Menschen aus, die sich den Satzungszielen des Yachtvereins verschrieben haben „...to leave a clean wake, to show respect for others and for our environment so that those who follow in our wake will be warmly welcomed“.

Das Projekt von Evarts und Earnshaw wurde von der breiten Öffentlichkeit mitgetragen. So wurden überall auf den Atollen Plakate aufgehängt, die die Böjen zeigen und in Englisch und Marshallese auf die Bedeutung des Riffschutzes hinweisen. Die „Marine Resources Authority“ entwickelte eigens ein Bildungsprojekt, mit dem sie durch die Schulen tourte, um Kinder und Jugendliche auf die Bedeutung gesunder Korallenriffe hinzuweisen. (*Marshall Islands Journal* 02.01.09, <http://ssca.org/>, *Wikipedia*)

## Kompensationszahlungen aus eigener Tasche

**Marshallinseln:** Die Regierung der Republik der Marshallinseln (RMI) hat einen Plan verabschiedet, der eine Zahlung von einer Mio. US Dollar an Geschädigte der Atomtests in den Marshallinseln vorsieht. Hintergrund des Ganzen sind die seit drei Jahren nicht erfolgten Zahlungen der Vereinigten Staaten von Amerika an die Geschädigten. Nun versucht die Regierung eine Lösung zu finden, da die Opfer die Unterstützung dringend nötig haben. Jedes Jahr würden Menschen sterben, ohne zuvor die ihnen zustehende Entschädigung bekommen zu haben, so Litokwa Tomeing, Präsident der RMI. Wie lange sollen die Opfer der Atomtests noch warten? fragte er weiter.

Zwischen 1946 und 1962 zündeten die USA etwa 110 Atombomben, v.a. auf den Atollen Bikini und Enewetak, darunter auch die gewaltige „Bravo“-Bombe auf Bikini, deren Zündung sich am 1. März zum 65. Mal jährte. Von daher sind die Bedenken Tomeings nur all zu berechtigt, denn viele der geschädigten Menschen sind bereits ohne die angemessene Anerkennung ihrer Leiden verstorben.

Nun möchte die Regierung den Menschen helfen und bei der Bank der Marshallinseln einen Kredit in Höhe von einer Mio. US \$ aufnehmen. Diese Summe entspricht in etwa dem, was 2005 zuletzt vom „Nuclear Claims Tribunal“ an die Geschädigten gezahlt wurde. Das Nuclear Claims Tribunal wurde unter dem „Compact of Free Association“ (CFA) eingerichtet und ist u.a. für die Auszahlung der Entschädigungen zuständig. Der CFA wurde zuletzt 2003 verlängert und beinhaltet neben der Zusage, dass die USA ihre Raketenbasis auf dem Kwajalein-Atoll noch mindestens bis 2066 weiternutzen darf, Zahlungen an die Opfer der Atomtests. Doch sind die ohnehin zu knapp bemessenen Entschädigungsleis-

tungen bereits zum größten Teil aufgebraucht. Die Forderung Tomeings, Gelder aus dem Fonds des CFA als Zwischenlösung zu verwenden, bis eine neue Vereinbarung über Entschädigungen ausgehandelt ist, wurde vom Innenministerium der USA abgelehnt. Eine weitere Problematik ist, dass die Zahlungen von einem Richter des Nuclear Claims Tribunal autorisiert werden müssen, doch der Vertrag mit dem letzten Richter ist im vergangenen Oktober ausgelaufen.

Es wird wohl noch einige Wochen dauern, bis die Regierung die Gelder weitergeben kann. Einige Kabinettsmitglieder in der RMI sind zudem nicht begeistert von dem Plan. Mit der Verwendung von RMI-Geldern könne ein Präzedenzfall geschaffen werden, der eventuelle zukünftige Versuche, Entschädigungszahlungen von der US-Regierung zu erhalten, unterlaufen könnte. Trotzdem scheint es momentan die einzige Lösung zu sein, den Menschen vor Ort zu helfen.

*(Artikel von Pazifik-Netzwerk.-Mitglied Katja Göbel. Quellen: Marshall Islands Journal 02.01.09)*

## Digicel investiert in Kiribati

**Kiribati:** Im September letzten Jahres besuchte der Vorsitzende des Telekommunikationsanbieters Digicel, Denis O'Brien, die Hauptstadt von Kiribati, um mit der Regierung ein Abkommen über Digicels Engagement in diesem mikronesischen Inselstaat zu treffen. Der Mobilfunkanbieter wird 14,4 Millionen AUS \$ in den Aufbau eines Mobilfunknetzes stecken, wobei zunächst Tarawa, die Insel Kiritimati und sechs kleinere Inseln mit einer Gesamtbevölkerung von 3.000 Menschen erschlossen werden sollen. In einem zweiten Schritt sollen weitere kleinere Inseln an das Netz gehen.

*Info:* Digicel operiert in fünf pazifischen Ländern (Samoa, PNG, Fidschi, Vanuatu und Tonga) und ist in Papua-Neuguinea bereits zum Marktführer auf dem Mobilte-

lefon-Markt avanciert. „Digicel Pacific“ wirbt mit dem Slogan „The bigger, better network“. Der Konzern sponsort diverse Rugby-Teams im Pazifik und engagiert sich humanitär. So spendete er im Januar 50.000 FJ Dollar zur Unterstützung der Flutopfer in Fidschi.

*(Marshall Islands Journal 21.11.08, [http://www.digicelsouthpacific.com/group\\_pacific/](http://www.digicelsouthpacific.com/group_pacific/))*

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

#### Samoa eröffnet zwei asiatische Botschaften

**Samoa:** Im Januar hat Samoa zwei neue diplomatische Vertretungen im asiatischen Raum eröffnet. In der Botschaft in Tokio (Japan) ist nun Herr Leiataua Dr. Kilifoto Eteuati als Botschafter tätig. Er war bisher Botschafter Samoas in der australischen Botschaft in Sydney.

Die neue Botschaft in Peking (China) wird geleitet von Herrn Tapusalala Terry Toomata, der bislang ein hoher Funktionär im samoanischen Außenministerium war.

Samoa ernannte außerdem einen neuen Generalkonsul für Neuseeland mit Sitz in Wellington: Herr Faaolotoi Reupena Pogi war bis dato beschäftigt beim Obersten Rechnungshof in Apia. *(Samoa live 10.01.09, Flash d'Océanie 13.01.09)*

#### Neuer Hochkommissar für Cookinseln

**Cookinseln:** Murray McCully, neuseeländischer Außenminister, hat Ende letzten Jahres Tia Barrett zum neuen Hochkommissar für die Cookinseln bestimmt.

Die Cookinseln sind zwar seit 1965 ein unabhängiger Staat, sie sind jedoch mit Neuseeland as-

soziiert, dass z.B. die Verteidigung im Kriegsfall übernimmt sowie für die Außenpolitik zuständig ist. Die Bewohner der Inseln haben die neuseeländische Staatsangehörigkeit und können visumsfrei nach Neuseeland einreisen.

Tia Barrett ist Angehöriger des Tainui-*iwi* und damit der erste Maori, der als Hochkommissar für die Cookinseln gewählt wurde. Bis zu seiner Berufung war er Direktor der Abteilung für Maori beim neuseeländischen Außenhandelsministerium. Er verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen im Pazifik durch seine beruflichen Stationen auf den Salomonen und in Fidschi, wo er ebenfalls Hochkommissar war, sowie in Tonga und Neukaledonien.

*(Islands Business online, <http://www.teara.govt.nz/NewZealanders/MaoriNewZealanders/NgatiManiapoto/3/ENZ-Resources/Standard/2/2/en>)*

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

### Tong Sang tritt zurück: Temaru erneut Präsident

**Französisch-Polynesien:** Der seit April 2008 amtierende Präsident Französisch-Polynesiens, Gaston Tong Sang, ist Anfang Februar zurückgetreten. Tong Sangs hauchdünne Mehrheit von einer Stimme in der Landesversammlung war Anfang Dezember zerbrochen, nachdem Sandra Lévy-Agami aus der Regierungskoalition To Tatou Ai'a („Unser Land“) ausgetreten war. Sie begründete ihren Schritt mit der Nichteinhaltung von Tong Sangs Wahlversprechen, insbesondere in Bezug auf den geplanten Haushalt für 2009. Ohne Mehrheit konnte die Regierung den Haushalt nicht beschließen und war somit handlungsunfähig.

In den folgenden zwei Monaten trafen sich Tong Sang und die Anführer der Opposition, Versammlungspräsident Oscar Temaru und Senator Gaston Flosse,

mehrere Male zu Sondierungsgesprächen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, doch diese Verhandlungen scheiterten jedes Mal. Ende Januar schaffte es Tong Sang, kurzfristig Lévy-Agami's Zustimmung zu erhalten, so dass der Haushalt schließlich doch beschlossen werden konnte. Da Lévy-Agami sich aber weigerte, in die Regierungsfraktion zurückzukehren, blieb die Regierung ohne gesicherte Mehrheit. Eine Vielzahl von Verhandlungen zwischen Parteien und einzelnen Mitgliedern der Landesversammlung folgte.

Am 31. Januar verkündeten Temaru und Flosse zusammen mit Jean-Christophe Bouissou, dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden von „To Tatou Ai'a“, sie hätten sich auf eine neue Regierungskoalition geeinigt. Bouissou meinte, Tong Sang habe sich unfähig gezeigt, das Land aus der Krise zu führen, und die Spaltung der politischen Landschaft nur noch verschärft, anstelle sich um eine Einigung aller politischen Kräfte zu bemühen. Temaru kündigte seine Kandidatur als Präsident an, worin er von Bouissou unterstützt wurde, da er Temaru für den Politiker mit dem größten Charisma hielt, der als einziger fähig sei, die politischen Spaltungen des Landes zu überwinden. Dieser plötzliche Sinneswandel Bouissous überraschte viele, da Bouissou sich jahrelang als pro-französisch identifiziert und den für die Unabhängigkeit des Landes Eintretenden Temaru bis vor kurzem als anti-französischen Extremisten gebrandmarkt hatte. Flosse dagegen zeigte sich leicht verärgert und warf Temaru vor, das vor einem Jahr unterzeichnete Abkommen zwischen Temarus Partei UPLD und Flosses Partei Tahoeraa verletzt zu haben, in dem vorgesehen ist, dass die Tahoeraa das Präsidentenamt und die UPLD den Posten des Versammlungspräsidenten erhält. Infolgedessen traten die Abgeordneten der Tahoeraa aus der gemeinsamen Fraktion mit der UPLD aus, kündigten aber an, trotz allem für Temaru als Präsident zu stimmen. Flosse meinte,

seine Partei habe keine andere Wahl, da sie Tong Sang auf jeden Fall von seinem Amt entfernen möchte, durch das neue Statut von 2007, nach dem nur noch konstruktive Misstrauensvoten erlaubt sind, aber gezwungen ist, gleichzeitig einen neuen Präsidenten zu wählen.

Am 4. Februar brachten schließlich UPLD, Tahoeraa und Bouissous von To Tatou Ai'a abgespaltene Partei Rautahi einen konstruktiven Misstrauensantrag gegen Tong Sang und für Temaru ein. Tong Sang kam dem Votum des Misstrauensantrags zuvor, in dem er am 7. Februar seinen Rücktritt einreichte, was eine Neuwahl des Präsidenten in mehreren Wahlrunden ermöglicht. Tong Sang versuchte damit Zeit zu gewinnen und durch die nun gegebene Möglichkeit mehrerer Kandidaturen die neue Koalition hinter Temaru zu spalten. Für die Neuwahl des Präsidenten am 11. Februar traten neben Temaru und Tong Sang auch Flosses Schwiegersohn Edouard Fritch sowie Sandra Lévy-Agami an. Zuvor hatte Bouissou eine neue Fraktion in der Landesversammlung mit dem Namen „la Ora te Fenua“ („Es lebe das Land“) gegründet, in die mehrere andere To Tatou Ai'a-Abgeordnete eintraten, wodurch Tong Sang weiter geschwächt wurde.

In der ersten Wahlrunde erhielt Temaru wie erwartet 24 Stimmen (die 20 Stimmen der UPLD plus die 6 Stimmen von la Ora te Fenua), Tong Sang 20 (die Restfraktion von To Tatou Ai'a), Edouard Fritch 12 (die um zwei To Tatou Ai'a-Dissidenten angewachsene Tahoeraa-Fraktion) und Lévy-Agami eine Stimme. Für die zweite Wahlrunde zog Fritch, der sich in seiner Kandidatenrede sehr konziliant gezeigt hatte, seine Kandidatur zurück, und Temaru wurde mit 37 Stimmen (einschließlich der 12 Stimmen der Tahoeraa und Lévy-Agami's Stimme) zum neuen Präsidenten gewählt. Einen Tag später wählte die gleiche Mehrheit Edouard Fritch an Temarus Stelle zum neuen Versamm-

lungspräsidenten.

Nach langen Verhandlungen zwischen den drei Parteien stellte Temaru schließlich am 16. Februar sein neues Kabinett vor, das sich überwiegend aus ehemaligen Ministern vorangegangener Regierungen zusammensetzt. Während Temaru Bouissou als Vizepräsidenten nominierte, weigerte sich Flosse, diesen zu akzeptieren, und die Koalitionsparteien einigten sich schließlich auf UPLD-Mitglied Antony Geros, der dieses Amt bereits unter Temarus früherer Präsidentschaft von September 2007 bis Februar 2008 innehatte. Das Kabinett besteht aus 15 Ministern, sieben davon gehören der UPLD an, fünf der Tahoe-*raa*, und drei *la Ora Te Fenua*. Flosse selbst strebte nach keinem Posten in der neuen Regierung, und will sich in seinem fortgeschrittenen Alter von 77 Jahren scheinbar mit seinem Amt als Senator in Paris begnügen.

Mit 37 von 57 Sitzen in der Landesversammlung hat die neue Regierung die stärkste Mehrheit seit 2004. Es besteht daher die Hoffnung, dass die seit fünf Jahren andauernde politische Instabilität nun endlich überwunden sein könnte.

*(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor aus Hawai'i. Quellen: Tahiti-Presse, Tahiti-Pacifique)*

### **Flosse bestreitet Verwicklung in mutmaßlichen Mord**

**Frz.-Polynesien:** Der ehemalige Präsident von Französisch-Polynesien, Senator Gaston Flosse, hat in einer Presseerklärung den Vorwurf, das ungeklärte Verschwinden des französischen Journalisten Jean-Pascal Couraud in Auftrag gegeben zu haben, vehement bestritten. Couraud, der an der Aufdeckung mehrerer Korruptionsaffären arbeitete, verschwand im Dezember 1997 spurlos. Während man zunächst von einem Selbstmord ausging, führte eine umstrittene Zeugenaussage im September

2004 zur Aufnahme von Ermittlungen wegen mutmaßlichen Mordes. Vetea Guilloux, ein Mitarbeiter der von Flosse Ende der 1990er Jahren gegründeten, dem Präsidialamt direkt unterstehenden Sicherheitsagentur GIP, hatte damals ausgesagt, seine Kollegen hätten im Auftrag ihrer Vorgesetzten Couraud entführt, auf einem Boot zu Tode gefoltert und die Leiche im Meer versenkt. Bei einer Hausdurchsuchung im September letzten Jahres wurde in Flosses Haus in Pirae (Vorort von Papeete) das schriftliche Testament von Vetea Cadousteau, einem weiteren, im Januar 2004 unter ungeklärten Umständen verstorbenen GIP-Mitglied gefunden, das die Aussage Guilloux' bestätigt. Die Veröffentlichung dieses Dokuments Ende Dezember Jahres veranlasste Flosse, sich zum ersten Mal direkt zu der Affäre zu äußern.

Da die Echtheit des Dokuments bislang nicht geklärt ist, meinten Flosse und seine Anwälte, es handle sich um eine Fälschung, die von seinen politischen Gegnern fabriziert worden sei, um seine Karriere zu beschädigen. Wie das Dokument in eine Schublade seines Schreibtisches gelangt sei, wo es die Polizei während der Hausdurchsuchung gefunden hatte, konnte Flosse allerdings nicht erklären. Die Ermittlungen laufen weiter auf Hochtouren.

*(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor aus Hawai'i. Quellen: Tahiti-Presse, Tahiti-Pacifique)*

### **Entseuchung auf Hao**

**Frz.-Polynesien:** Frankreich wird in den nächsten sieben Jahren 80 Millionen US Dollar zur Säuberung (Dekontaminierung) des Atolls Hao aufwenden. Dieses Abkommen schlossen der Bürgermeister von Hao, der Vizepräsident von Französisch-Polynesien und der französische Hochkommissar Anfang Januar in der Hauptstadt Papeete.

Hao ist ein Atoll im Zentrum des Tuamoto-Archipels und zugleich

der Verwaltungssitz der gleichnamigen Gemeinde, zu der neben Hao neun weitere Inseln gehören. Das flache Korallenatoll ist 50 Kilometer lang und 14 Kilometer breit, es liegt 920 Kilometer östlich von Tahiti. Lediglich 47 km<sup>2</sup> der aus einer größeren Insel und mehreren kleinen Motus gebildeten Landfläche umschließen dabei eine 490 km<sup>2</sup> große Lagune.

Das Atoll wurde am 23. März 1768 von Louis Antoine de Bougainville für Frankreich in Besitz genommen. Von 1963 bis 1965 baute Frankreich das Atoll zu einer Versorgungsbasis für die Atomwaffentests auf dem Moruroa-Atoll aus. Es wurden u.a. ein Flugplatz und ein Krankenhaus errichtet. Am 30. Juni 2000 gaben die französischen Streitkräfte den Standort Hao auf. Mit den französischen Geldern soll nun die radioaktive Entseuchung ab April des Jahres in Angriff genommen werden. (<http://www.haoscope.com/>, [http://ocemamicor.free.fr/a\\_histoire.htm](http://ocemamicor.free.fr/a_histoire.htm), Radio NZI 09.01.09)

## **HAWAI'I**

### **„Akaka Bill“ erneut abgeändert**

Die umstrittene, seit Jahren diskutierte Gesetzesvorlage zur Gleichstellung der einheimischen Hawaiier mit den amerikanischen Indianern, ist Anfang Februar in abgeänderter Form erneut in den US-Senat eingebracht worden. Die nach Daniel Akaka, einem der beiden Sensoren Hawai'is im US-Kongress benannte Gesetzesvorlage sieht die Gründung einer direkt dem US-Innenministerium unterstellten, vom US-Bundesstaat Hawai'i unabhängigen Regierung für einheimische Hawaiier vor, analog zu den Regierungen amerikanischer Indianerreservate. Diese Regierung kann dann mit dem Bundesstaat und der US-Bundesregierung über den Transfer von Ländereien und Ressourcen verhandeln.



Die Gesetzesvorlage war seit 2000 alle zwei Jahre von Akaka im US-Senat eingebracht worden, verfehlte aber jedes Mal eine Mehrheit, da sie von rechtskonservativen Senatoren blockiert wurde. Vor zwei Jahren waren aufgrund von Bedenken der Bush-Regierung mehrere Änderungen in die Gesetzesvorlage geschrieben worden, mit der die potentielle Macht der „einheimischen hawaiischen Regierung“ abgeschwächt werden sollte. Unter anderem wurde das Betreiben von Casinos (eine lukrative Einnahmequelle vieler Indianerreservate) explizit verboten, ebenso wurden US-Militärbasen von möglichen Landtransfers ausgeschlossen. Da Präsident Barack Obama im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bush die Gesetzesvorlage befürwortet, und die Demokraten eine größere Mehrheit im Kongress haben, wurden diese Einschränkungen aus der neuesten Version der „Akaka Bill“ wieder entfernt. Unter den gegebenen politischen Umständen scheint es möglich zu sein, dass die Gesetzesvorlage im Laufe der laufenden Legislaturperiode beschlossen wird.

Während viele Hawaier die Akaka Bill unterstützen, lehnen andere sie aus verschiedenen Gründen vehement ab. Gegner argumentieren, dass Hawai'i eine vollkommen andere Geschichte hat, die jegliche Vergleiche mit nordamerikanischen Indianerstämmen absurd machen. Eine Akzeptanz der in der Gesetzesvorlage vorgesehenen internen Autonomie innerhalb der USA als „indigenes Volk“ sei ein Ausverkauf der Rechte aller Hawaier, inklusive derer ohne einheimisches Blut, auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des von den USA völkerrechtswidrig besetzten Landes, so die Argumentation.

*(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor aus Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)*

## Elektroautos erobern Hawai'i

Bis 2012 will das kalifornische Unternehmen „Better Place“ rund 100.000 öffentliche Stromtankstellen auf den hawaiischen Inseln eröffnen. Die geeigneten Elektroautos soll der Automobilkonzern „Renault-Nissan“ zur Verfügung stellen. Die Elektroautos sollen mit auswechselbaren Akkus ausgerüstet sein, um den Tankstopp an den Tankstellen relativ kurz zu halten. Alternativ können die Autos auch über mehrere Stunden an „normalen“ Steckdosen aufgeladen werden. Der dazu benötigte Strom soll vor allem aus erneuerbaren Energien wie etwa der Windkraft stammen.

Die Initiatoren der Kampagne versprechen sich von der Umrüstung auf Elektroautos neben der Verringerung des Kraftstoffbedarfs auch einen Werbeeffect für diese Art von Antriebstechnik. Die Fahrzeuge sollen nämlich auch als Mietwagen für Touristen eingesetzt werden und diese von den Vorteilen des emissionsfreien Fahrens überzeugen.

*Info:* Die in Palo Alto (USA) ansässige Firma „Better Place“ fordert zum Schutz der Umwelt den Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Öl und Gas. Motto der Firma ist „zero emissions“, also absolut kein Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase. Als Alternative hat sie in Kooperation mit dem japanisch-französischen Autokonzern Renault-Nissan ein Elektroauto entwickelt, das idealerweise nur mit Strom aus erneuerbaren Energien aufgeladen werden soll. „Better Place“ baut deshalb in den Kooperationsländern flächendeckend Elektrotankstellen auf, an denen man den leer gefahrenen Akku gegen einen vollen eintauschen kann und unterstützt Firmen, die sich für eine umweltfreundliche Stromgewinnung einsetzen.

Die Renault-Nissan-Allianz ist ein Bündnis der zwei eigenständigen Unternehmen Renault (Frankreich) und Nissan Motors (Japan).

Renault-Nissan war 2006 mit ca. 9 % Marktanteil und 6,1 Mio. produzierten Fahrzeugen viertgrößter Automobilhersteller hinter Toyota, General Motors und Ford.

Renault-Nissan verfolgt mit der Zusammenarbeit mit z.B. Better Place und dem Schweizer Stromversorger „Energie Quest Suisse“ nicht nur seine Vision von der nachhaltigen Mobilität, sondern will langfristig der größte Anbieter für Elektrofahrzeuge weltweit werden. Deshalb hat die Renault-Nissan Allianz in Europa neben der Schweiz bereits Vereinbarungen über die Einführung von reinen Elektrofahrzeugen in Portugal, Dänemark, dem Fürstentum Monaco und Frankreich abgeschlossen. Darüber hinaus wurden Vereinbarungen mit Israel, den US-Bundesstaaten Tennessee und Oregon, dem Bezirk Sonoma County im Norden des US-Bundesstaates Kalifornien und der japanischen Präfektur Kanagawa über Pilotprojekte und die Förderung von emissionsfreien Fahrzeugen getroffen.

*(<http://www.betterplace.com/>, <http://www.atzonline.de/>, Focus online 08.12.08, Wikipedia)*

## Solarstromanlage eröffnet

Die Firma DuPont, Hersteller von Materialien zur Produktion von Silizium-Solarzellen und Dünnschicht-Photovoltaik, hat im Dezember 2008 ihre bisher größte Solarstromanlage auf der Insel Kauai (Hawai'i) in Betrieb genommen. Das Freiflächen-Solarkraftwerk des Waimea-Forschungszentrums besteht aus 1.500 Solarmodulen, die mit Materialien von DuPont hergestellt und von der Firma „Evergreen Solar“ gefertigt wurden. Das Solarkraftwerk erstreckt sich auf einer Fläche von rund 4.000 Quadratmetern (ein acre) und deckt ca. 85 % des Strombedarfs der Forschungseinrichtung. Jährlich soll die Anlage 706.205 Kilowattstunden Solarstrom erzeugen, was dem durchschnittlichen Verbrauch von 64 Haushalten entspricht. Das Forschungszentrum spart so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen

wie 100 Autos jährlich ausstoßen und spart jährlich rund 200.000 US Dollar Stromkosten.

([http://www2.dupont.com/Photovoltaics/en\\_US/news\\_events/article20090129.html](http://www2.dupont.com/Photovoltaics/en_US/news_events/article20090129.html), *Der Solarserver online*)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Regierung kippt Klimaschutzmaßnahmen

Die im November 2008 gewählte konservative Regierung unter Ministerpräsident John Key hat Klimaschutzmaßnahmen der alten Labour-Regierung unter Helen Clark gekippt. Das Kabinett beschloss, dass Benzin keinen Anteil an Biotreibstoff mehr enthalten soll. Die neue Regierung steht auf dem Standpunkt, dass Autofahrer wählen können sollten, ob sie Biotreibstoff tanken wollen oder nicht. Unter der alten Vorgabe mussten Benzinanbieter 0,5 % Biotreibstoff beimischen und den Anteil bis zum Jahr 2012 auf 2,5 % erhöhen. Dies hatte die alte Labour-Regierung als Maßnahme zum Klimaschutz eingeführt.

Die neue Regierung will nach und nach alle Klimaschutzmaßnahmen einer Prüfung unterziehen. So soll der geplante Zertifikat-handel für Emissionen genauso überprüft werden wie das Bauverbot für weitere Thermalkraftwerke. Die geplante Abschaffung der Glühbirne wurde aufgehoben. Ein eigens eingerichteter Fonds für Verbraucher, die ihre Häuser energieeffizienter machen wollen, wurde ebenfalls aufgelöst.

(<http://www.climatechange.govt.nz/>, *dpa 17.12.08*)

### Dokumentarfilm gewinnt FIFO

Ein Dokumentarfilm der neuseeländischen Regisseurin Annie Goldson ist beim „Sechsten Internationalen Festival des Ozeanischen Films“ (Festival International du Film Océanien, FIFO) mit dem Großen Preis ausgezeichnet worden. „An Island calling“ doku-

mentiert den Mord an dem homosexuellen Paar John Scott und Greg Srivener am 1. Juli 2001 in Suva (Fidschi). Der Direktor des fidschianischen Roten Kreuzes, der 53-jährige John Scott, und sein 39-jähriger Partner waren von einem schizophrenen Fidschianer namens Apete Kaisau getötet und anschließend beinahe enthauptet worden. Die Leichen des Paares wurden in Scotts Haus an der Princess Road in Suva aufgefunden. Der 22-jährige Kaisau, dem eine homosexuelle Beziehung zu dem Paar nachgesagt worden war, hatte sich vor Gericht stets für die Tat mit der Aussage entschuldigt, „göttliche Stimmen“ hätten ihn zum Doppelmord getrieben. Er verbüßt seine Haftstrafe in der Psychiatrie.

Der 78-minütige Dokumentarfilm der Neuseeländerin Goldson porträtiert posthum John Scott, einen in vierter Generation in Fidschi geborenen Nachfahren britischer Kolonialherren. Er geht der Frage nach, warum Scott als einziger während des Coups im Jahr 2000 durch George Speight dessen Erlaubnis hatte, die für 56 Tage im Parlamentsgebäude in Geiselhaft gehaltenen Parlamentarier aufzusuchen. Goldson interviewte für ihren Film Politiker, Geistliche, indischstämmige Fidschianer und Mitglieder der homosexuellen Szene.

*Info:* Das „Internationale Festival für den Ozeanischen Film“ fand Ende Januar zum sechsten Mal nach 2004 in Papeete, der Hauptstadt von Französisch-Polynesien, statt. Ziel des Festivals ist es, Filme pazifischer Regisseure im Pazifik bekannter zu machen. Sonderpreise gingen in diesem Jahr an „River of no return“ von Darlene Johnson (Australien), „Sevrpek City“ von Emmanuel Broto und Fabienne Tzerikiantz (Frankreich) und „The Oasis“ von Sascha Ettinger-Epstein und Ian Darling aus Australien. Der Publikumspreis ging an „Marquisien, mon frère“ von Jacques-Narvarri-Rovira aus Französisch-Polynesien.

(*Oceania Flash 03.02.09*, <http://www.worldcinemashowca->

[se.co.nz/titles/ISLAND.html](http://se.co.nz/titles/ISLAND.html), <http://icarusfilms.com/new2008/isl.html>)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Einreise nach West-Papua verweigert

**West-Papua:** Dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Herrn Günter Nooke, ist seitens der indonesischen Regierung die Einreise in die Provinz West-Papua verweigert worden. Nooke besuchte vom 9. bis zum 20. Februar Indonesien und Osttimor. In Jakarta führte der deutsche Diplomat Gespräche mit Vertretern der Regierung, des Verfassungsgerichtes, der Nationalen Menschenrechtskommission und diversen Nichtregierungsorganisationen. Von Jakarta aus wollte Nooke ursprünglich nach West-Papua reisen, um sich vor Ort über die Menschenrechtssituation zu informieren. Trotz des Einreiseverbotes sprach Nooke in Jakarta die Situation in West-Papua an.

Weitere Etappen der Reise waren Aceh und Osttimor. In Aceh informierte sich der Menschenrechtsbeauftragte über die Nachhaltigkeit des Versöhnungsprozesses im Vorfeld der Wahlen zum Regional- und Nationalparlament am 9. April des Jahres. Nooke erkundigte sich auch nach dem Stand des Wiederaufbaus der durch den Tsunami vom Dezember 2004 in weiten Teilen zerstörten Region. Die Bundesrepublik hatte damals 500 Millionen Euro für die Tsunamihilfe bereitgestellt, davon flossen allein 243 Millionen nach Aceh.

Zum Abschluss der Reise besuchte Nooke Osttimor. Mit dem Premierminister des kleinen Staates, Xanana Gusmão, diskutierte er die Bemühungen um die innere Stabilität des Landes, das seit der

Unabhängigkeit 2002 immer wieder von internen politischen Krisen geschüttelt wird.

(Pressemitteilung der VEM 13.02.09, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090209-Nooke-Reise-Indonesien-Timor.html>)

## 11 Papua inhaftiert

**West-Papua:** 11 Papuas sind Anfang des Jahres vom Distriktgericht in Mankowari zu drei bzw. 3,5 Jahren Haft verurteilt worden. Die Männer hatten am 13. März 2008 in Manokwari gegen ein Gesetz aus dem Jahr 2007 protestiert, dass das Zeigen separatistischer Symbole wie etwa die Morgensternflagge in der Öffentlichkeit verbietet. Die Demonstranten wurden nun der Volksverhetzung und der Staatsgefährdung für schuldig gesprochen. Die Richter begründeten die langen Haftstrafen damit, einen Präzedenzfall schaffen zu wollen. Obwohl das Gesetz bereits 2007 verabschiedet worden sei, gäbe es immer noch Papuas, die die Morgensternflagge öffentlich hielten. Es sei Zeit, diese separatistischen Ausbrüche zu verhindern, hieß es aus dem Gericht.

Das Distriktgericht von Manokwari hatte die Demonstranten zunächst zu acht Monaten Haft für das Hissen der Flagge während der Demonstration verurteilt. Das Urteil war vom Obersten Gericht (High Court) angefochten und die Strafe in drei Jahre bzw. 3,5 Jahre für den Anführer der Gruppe, Jack Wanggai, verlängert worden.

Die Menschenrechtsorganisation „Amnesty International“ wandte sich mit einer *urgent action* an die Weltöffentlichkeit und forderte die sofortige Freilassung aller inhaftierten „Flaggenhisser“. Das Hissen einer Flagge entspreche dem Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung, so wie in Artikel 19 des „International Covenant on Civil and Political Rights“ festgeschrieben. Indonesien hat dieses Abkommen unterzeichnet. (*Radio NZI 09.01.09, Amnesty International 14.01.09*)

## Erdbeben in Manokwari

**West-Papua:** Am 4. Januar erschütterten vier Erdbebenstöße der Stärke 7,2 bis 7,6 auf der nach oben hin offenen Richterskala die indonesische Provinz West-Papua. Das Epizentrum des Bebens lag 135 Kilometer entfernt von Manokwari in 25 Kilometer Tiefe unter der Erde. Das Beben löste keinen Tsunami aus, doch traf eine bis zu 40 cm hohe Welle die Südküste von Japan. Die Erdstöße spürte man auch in Australien.

Das Beben richtete großen Sachschaden an: Die Landebahn des örtlichen Flughafens wurde aufgerissen, Hotels, Banken und Privathäuser stürzten ein, etliche Krankenhäuser, religiöse Gebäude und Brücken wurden schwer beschädigt. Die Stromversorgung für die 160.000 Bewohner der Stadt Manokwari brach ebenfalls zusammen. Über 12.000 Menschen flüchteten aus Angst vor Nachbeben in provisorische Flüchtlingslager. Der Nationale indonesische Katastrophenschutz BNPB reiste noch am gleichen Tag in die zerstörte Region, um Ersthilfe zu leisten. Er stellte 500 Millionen Rupiah Soforthilfe zur Verfügung, sowie über 6.000 Tonnen Reis, Rettungswagen, Frischwasseranlagen und Zelte.

Der indonesische Präsident Susilo B. Yudhoyono besuchte gemeinsam mit seiner Frau am 22. und 23. Januar das Erdbebengebiet, um sich mit den Opfern solidarisch zu erklären und zu kontrollieren, ob die Hilfsmaßnahmen der Regierung Erfolg zeitigen. Der Präsident besuchte auch die Manokwari vorgelagerte kleine Insel Mansinam. Die Insel hat für die einheimischen Papua bis heute eine große historische und emotionale Bedeutung. Am 5. Februar 1855 landeten auf Mansinam die ersten beiden Missionare, die Deutschen Johann Gottlob Geissler und Karl W. Ottow. Der 5. Februar ist daher in Papua ein offizieller Feiertag. Jedes Jahr versammeln sich an diesem Tag tausende Christen auf der Insel und gedenken des historischen

Ereignisses. (*Jakarta Post 05.01.09, E-Information des West-Papua-Netzwerkes 05.01.09, Flash d'Océanie 05.01.09*)

## Militärisches Partnerschaftsabkommen

**Indonesien:** Australien und Indonesien haben Mitte Januar ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit geschlossen. Der Oberkommandierende der australischen Streitkräfte, Air Chief Marshal Angus Houston, und der Oberkommandierende der indonesischen Armee, General Djoko Santoso, unterzeichneten das Partnerschaftsabkommen am 12. Januar in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Ziel der engeren Zusammenarbeit der beiden Anrainerstaaten ist der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus, die Überwachung der Küstengewässer sowie ganz allgemein die Bewahrung des Friedens. Das Abkommen sieht auch die gegenseitige finanzielle und personelle Unterstützung im Falle von Naturkatastrophen vor. Die beiden Staaten vereinbarten außerdem eine engere Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste beim Kampf gegen den Terrorismus.

(*Flash d'Océanie 13.01.09, <http://www.globalcollab.org/Nautilus/australia/apsnet/external/2009/Indon-Aust-defence.pdf>*)

## Papua kehren zurück

**Papua-Neuguinea:** Rund 700 der insgesamt 10.400 im Flüchtlingscamp von East-Awin (Papua-Neuguinea) lebenden Papua wollen im Laufe des nächsten Monats nach West-Papua zurückkehren. Die indonesische Botschaft in Port Moresby stellt für die Heimkehrer kostenlos Flugzeuge zur Verfügung. Die in East-Awin lebenden Menschen gelten als „Flüchtlinge“ im Sinne der Flüchtlingskonvention des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen. Das UNHCR und die Regierungen von Papua-Neuguinea und Indonesien unternehmen seit Jahren gemeinsame Anstrengungen zur freiwilligen Rückkehr der

Bewohner von East-Awin. Diese werden im Gegensatz zu den rund 7.000 „illegal“ in sogenannten „Border Camps“ lebenden Papua medizinisch betreut, es gibt feste Unterkünfte, Sanitäreinrichtungen und Bildungseinrichtungen. Um die Papua in den „inoffiziellen“ Lagern, die vom UNHCR nicht offiziell als Flüchtlinge registriert sind, kümmern sich ehrenamtliche Mitarbeiter der katholischen Missionsstation von Kiunga.

Hakim Abdul, Mitarbeiter der indonesischen Botschaft, erklärte, die Papua würden freiwillig zurückkehren, weil sich die Situation für indigene Papua in der indonesischen Provinz West-Papua kontinuierlich verbessert habe. Dem widersprach vehement Felix Meraudje vom „West Papua National Congress“ in Port Moresby. Die Papua seien einfach frustriert, weil es seit Jahren keine Verbesserung der Lebensumstände in den Flüchtlingscamps im Grenzgebiet gegeben habe und die Vereinten Nationen sich nicht genug um die Verbesserung der Menschenrechtssituation in West-Papua bemühten. Meraudje geht von 10.000 bis 20.000 Papua-Flüchtlingen in ganz PNG aus.

(<http://www.cs.utexas.edu/users/cline/papua/refugees.htm>, SMH 09.01.09, Radio NZI 12.01.09)

## Ban Ki-Moon lobt positive Entwicklungen

**Timor-Leste:** Ein Jahr nach den Angriffen bewaffneter Rebellen auf Osttimors Staatsoberhäupter hat sich die Sicherheitslage des jungen Landes beträchtlich verbessert. Das berichteten Ban Ki-Moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen, und Präsident José Ramos-Horta dem UN-Sicherheitsrat am 19. Februar 2009 in New York und sprachen sich für eine Verlängerung der UN-Mission UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste) aus.

Die positive Entwicklung der Sicherheit Osttimors, die politische Stabilität und die wachsende

Wirtschaft trotz internationaler Finanzkrise sind beachtliche Errungenschaften nach den Krisen der letzten Jahre, so Ban Ki-Moon.

Nach den versuchten Attentaten auf Präsident Ramos-Horta und Ministerpräsident Xanana Gusmão am 11. Februar 2008 ist Timor-Leste nicht zurück in den Ausnahmezustand der Gewalt gefallen, sondern beeindruckte durch entschlossene Schritte zur Verbesserung der Sicherheit im Land. Die größte Gefährdung der Sicherheit verschwand mit den Angriffen selbst, da der ehemalige Chef der Militärpolizei und Führer der revoltierenden Soldaten von 2006, Alfredo Reinado, im Gefecht ums Leben kam. Die Problematik der Flüchtlingscamps hat sich zusehends entschärft und 58 der bisher 60 Camps für osttimoresische IDPs (Internally Displaced Persons) konnten bereits geschlossen werden.

Die positive Tendenz der Entwicklungen in Timor-Leste wurde von Ban Ki-Moon und weiteren Rednern vor dem UN-Sicherheitsrat zum Anlass genommen, sich für eine 12-monatige Verlängerung des Mandats auszusprechen, um die Nachhaltigkeit der internationalen Unterstützung für Timor-Lestes Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Seit zehn Jahren ist die UN mit zahlreichen Missionen in Timor-Leste unterstützend vor Ort gewesen, was eine enge Verbindung zwischen der UN und Timor-Leste darstellt, so Ban Ki-Moon.

(Artikel von Janina Pawelz. Quellen: United Nations Security Council, Department of Public Relations SC/9598 19.02.09, UN News Centre 19.02.09, ICG Asia Briefing No 87, Timor-Leste: No Time for Complacency, Dili/Brüssel, 09.02.09)

## POSTKARTENAKTIONEN

### Aktion zum Schutz der Menschenrechte

**West-Papua:** Das West-Papua-Netzwerk ruft zu einer Postkartenaktion auf. Mit der (in der pazi-

fik aktuell beigelegten) Postkarte wird der indonesische Präsident aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auch in West-Papua die Menschenrechte, zu denen sich Indonesien verpflichtet hat, respektiert werden. Hintergrund der Postkartenaktion sind Berichte über so genannte „extrajudicial killings“, also außergerichtliche Hinrichtungen. Darüber hinaus wurde das West-Papua-Netzwerk von Menschenrechtsorganisationen aus West-Papua über Folter und Misshandlungen von Strafgefangenen informiert. Das Bild auf der Postkarte zeigt Herrn Opinus Tabuni, kurz nachdem er in Wamena von einer Kugel aus einem Polizeigewehr tödlich getroffen worden war.

Die Kirchen und Menschenrechtsorganisationen in West-Papua hatten sich in einem Schreiben vom 29. Oktober 2008 an den Sonderberichterstatter für „Extrajudicial Executions“ beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf, Herrn Philip Alston, gewandt und den Fall Opinus Tabuni geschildert. Das Schreiben war auch von Organisationen aus dem Ausland unterzeichnet worden.

Bitte beteiligen Sie sich mit der beiliegenden Postkarte an der Aktion. Weitere Postkarten zur Verteilung im Bekanntenkreis können Sie direkt anfordern beim West-Papua-Netzwerk, Koordinationsstelle, Rudolfstr. 137, 42285 Wuppertal, Tel.: 0049 202 89004 170. (<http://www.west-papua-netz.de>)

## Graum Em Laip – Land ist Leben

**Papua-Neuguinea:** Die großflächige Errichtung von Palmölplantagen bedroht das Recht auf Nahrung, Lebensraum und Gesundheit der indigenen Bevölkerung Papua-Neuguineas. Die Nichtregierungsorganisation FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) fordert zusammen mit der papua-neuguineischen Partnerorganisation CELCOR (Center for Environmental Law and Community

Rights) einen sofortigen Stopp der finanziellen Förderung des Palmölanbaus durch die Weltbank.

Papua-Neuguinea ist zu 60 % von ursprünglichem Tropenwald bedeckt. Seit Ende der 1990er Jahre legen multinationale Unternehmen unter anderem aus Amerika, Großbritannien, Indonesien und Malaysia in Papua-Neuguinea große Ölpalmenplantagen zur Gewinnung von Agrartreibstoffen an, die in immer größeren Mengen in die Tanks der Fahrzeuge in Industrienationen fließen. Rund 100.000 Hektar sind bereits mit Ölpalmen bepflanzt. Der Regenwald wird mit der finanziellen Unterstützung internationaler Finanzinstitutionen - in erster Linie der Weltbank - rücksichtslos abgeholzt. Auf wertvollem Ackerland werden riesige Ölpalmpflanzungen errichtet. Die indigene Bevölkerung wird dadurch ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Sie hat keine Möglichkeit mehr, sich ausreichend selbst zu versorgen und leidet an Hunger. Die multinationalen Unternehmen verpachten den Kleinbauern nicht nur das Land, sondern verkaufen ihnen auch alle weiteren Mittel, die zum Anbau der Palmfrüchte benötigt werden, wie zum Beispiel Saatgut, Dünger, Werkzeuge oder wichtiges Fachwissen. Darüber hinaus bestimmen sie die Preis- und Verkaufsbedingungen der Früchte.

Den Kleinbauern bleibt wenig Gewinn aus ihren Ernteerträgen, da ihnen die Kosten für Erntematerialien oder Transport direkt von ihren Erlösen durch die Unternehmen abgezogen werden. Um alle zwei Wochen die durchschnittlichen 1,5 Tonnen Palmfrüchte zu ernten, müssen alle Familienmitglieder, auch die Kinder, mithelfen. Dafür zahlen die Unternehmen rund 68 Euro brutto. Nach Abzug aller Produktionsmittel, die die Bauern nur von der Firma kaufen dürfen, verbleiben ihnen netto gerade einmal knapp 20 Euro. Von diesem Einkommen müssen zwei oder drei Generationen versorgt werden. Doch das Geld reicht oft nicht

einmal zur Deckung der Kosten für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Schulbesuch und Gesundheitsvorsorge.

Zu den negativen sozialen Folgen kommen noch die verheerenden ökologischen Auswirkungen: Für die Errichtung von Plantagen werden tausende Hektar Regenwald abgeholzt oder durch Brandrodung zerstört. Das sensible Ökosystem wird nachhaltig gestört, seltene Tier- und Pflanzenarten werden ausgerottet. Durch den großflächigen Einsatz von Düngemitteln und die Abwässer der Palmölmühlen werden Gewässer und das Grundwasser verunreinigt und der Boden verseucht.

Trotz vieler Proteste fördert die Weltbank unter dem Deckmantel landwirtschaftlicher Entwicklung die Expansion der Palmöl-Industrie auf Papua-Neuguinea. Seit Dezember 2007 unterstützt sie ein neues Großprojekt zum Ausbau der Palmölindustrie mit einem Projektvolumen von rund 70 Mio. US Dollar. Die lokale Bevölkerung soll davon profitieren. Sie wurde aber in keiner Weise in die Projektplanungen einbezogen.

Als der drittgrößte Geldgeber der Weltbank trägt Deutschland Verantwortung für dieses Projekt. Der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbank hätte angesichts der massiven sozialen und ökologischen Probleme des Palmölanbaus und der an den Exekutivrat der Weltbank herangetragenen Beschwerden aus Papua Neuguinea seine Zustimmung zu dem Großprojekt verweigern müssen. Bitte unterstützen Sie die indigene Bevölkerung Papua-Neuguineas mit Ihrer Unterschrift auf der in der *pazifik aktuell* beigelegten Postkarte. Das Ende der Aktion ist der 15. Mai 2009. (Weitere Informationen im Internet unter <http://www.fian.de>)

## AUSTRALIEN

### Zerstörerische Buschfeuer

Seit Ende Januar leidet der Süden Australiens unter einer Hitzewelle, es wurden über mehrere Tage Rekordtemperaturen um die 47 Grad gemessen. Heftige Winde fachten Buschbrände an, von denen einige absichtlich gelegt worden waren. Rund 450 Waldbrände zerstörten eine Fläche von 380.000 Hektar. Damit handelt es sich um die größte Brandkatastrophe seit 200 Jahren. Am schlimmsten betroffen ist der Bundesstaat Victoria, darin auch viele touristisch relevante Regionen wie das Yarra Valley und das Naturschutzreservat The Grampians. Nicht betroffen ist bisher die Hauptstadt von Victoria, Melbourne.

Nach offiziellen Angaben starben bislang 211 Menschen. Aktuelle Hochrechnungen gehen von 2.000 zerstörten Häusern aus, wobei ca. 600 davon im Gebiet Kinglake liegen. Rund 7.000 Personen sind obdachlos. Die Behörden schätzen die durch die Feuer entstandenen Schäden vorläufig auf 500 Millionen Australische Dollar. Nach Schätzungen des Internationalen Tierschutz-Fonds (International Fund for Animal Welfare, IFAW) sind durch die Feuer mehr als eine Million Tiere umgekommen.

Rund 4.500 Feuerwehrkräfte sind im Einsatz. Dabei werden die Mitarbeiter der „Victoria Country Fire Authority“ unterstützt von KollegInnen aus anderen australischen Bundesstaaten.

Es wurde ein Nothilfefonds eingerichtet. Der „2009 Victorian Bushfire Fund“ wird vom Australischen Roten Kreuz verwaltet. Bislang gingen Spendengelder in Höhe von 10,4 Millionen AUS \$ an, über 60.000 Personen spendeten dem Fonds bereits.

Der australische Premierminister Kevin Rudd erklärte den Sonntag, 22. Februar, zum Staatstrauertag. An dem offiziellen Gedenkgottes-

dienst für die Opfer der Brände in der Stadt Whittlesea nahm in Vertretung von Königin Elizabeth II. die britische Prinzessin Anne teil. Zeitgleich zur zentralen Feier fanden in vielen Kirchen Australiens Gottesdienste statt, um der Opfer zu gedenken. Rudd schlug vor, künftig alljährlich am 7. Februar, dem „schlimmsten“ Tag der Buschbrände, offiziell eine Gedenkminute einzulegen.

(<http://www.cfa.vic.gov.au/>,  
<http://abc.com.au/news/tag/bushfire/>,  
<http://www.welt.de/english-news/article3251042/Australia-commemorates-victims-of-bushfire.html>)

## Wasser wird knapper

Australien leidet seit Jahren an Trockenheit, Politiker sprechen bereits von einer „Jahrtausenddürre“. Die Bewohner der Metropolregion Sydney müssen sich bereits seit dem Jahr 2003 an die sogenannten „Water Restrictions“ halten, also Regeln im Umgang mit dem kostbaren Nass. Autos dürfen nicht mehr mit dem Schlauch gewaschen werden, Gärten dürfen nur noch mittwochs und sonntags vor zehn Uhr morgens oder nach vier Uhr nachmittags bewässert werden. Im Auftrag des Wasserwerkes patrouillieren Kontrolleure durch die Straßen, Regelverstöße ziehen Geldstrafen in Höhe von umgerechnet 110 € nach sich. Bisher kassierten jedoch nur wenige tausend der vier Millionen Stadtbewohner einen Strafzettel.

Sydneys Bürger trinken Regenwasser, da es kaum Anlagen zum Recycling von Trinkwasser gibt und das Brauchwasser nur grob aufbereitet ins Meer geleitet wird. Das Regenwasser wird in großen Reservoirs außerhalb der Stadt aufgefangen. Da es in den letzten Jahren immer weniger regnete, gehen die Wasservorräte zur Neige. Die Stadtwerke reagierten auf den Wassermangel bereits mit der Verteilung von Bastelsets, die Toiletten und Duschen sparsamer machen. Die Käufer verbrauchsarmer Waschmaschinen bekommen 90,- € geschenkt.

Gar 750 € geschenkt bekommt man von der Stadt, wenn man sich einen Tank zum Auffangen von Regenwasser in den eigenen Garten stellt.

Da alle diese Maßnahmen nicht ausreichen, hat sich die Stadt Sydney zum Bau einer Meerwasserentsalzungsanlage entschlossen. Die Anlage befindet sich seit Juni 2007 im Aufbau. Entwickelt und gebaut wird die Anlage von dem Joint-Venture „Blue Water“, das zur John Holland Group gehört. Die John-Holland-Gruppe wiederum gehört zu „Leighton Holdings“, einem Spezialisten für Tunnelbau und Wasseranlagen. „Leighton Holdings“ ist die australische Mehrheitsbeteiligung des Essener Baudienstleiters „Hochtief AG“. Zum Joint-Venture von Blue Water gehört auch der französische Konzern Veolia, der sich auf die Entsalzung von Meerwasser spezialisiert hat.

Nach Fertigstellung der 500 Millionen Euro teuren Anlage durch Blue Water soll die Anlage in den nächsten 30 Jahren von Veolia betrieben werden. Die Anlage kann unter voller Auslastung 500 Millionen Liter Meerwasser täglich entsalzen, was aber nur einem Bruchteil der 1,4 Milliarden Liter Wasser entspricht, die täglich in Sydney verbraucht werden.

Die 45 Hektar große Anlage befindet sich in Kurnell, 35 Kilometer südlich des Stadtzentrums von Sydney. Auf dem Gelände selbst können 600 Menschen beschäftigt werden, weitere 1.200 Arbeitskräfte kommen im Umfeld der Anlage hinzu.

Kritiker bemängeln den hohen Energiebedarf solcher Entsalzungsanlagen und befürworten stattdessen die Wiederaufbereitung von Brauchwasser in Kläranlagen. Dies wiederum stößt bei der Bevölkerung auf Unmut. Für den Australier bedeutet recyceltes Trinkwasser nämlich, stinkendes Abwasser zu konsumieren und das sei unzumutbar, so die Autorin eines Artikels in der „Welt am Sonntag“.

Die Ministerpräsidentin von Queensland musste beispielsweise eine geplante Wasseraufbereitungsanlage absagen, weil die Bevölkerung sich vehement gegen die Vorstellung wehrte, ehmaliges Abwasser zu trinken.

Die größte städtische Wasserwiederaufbereitungsanlage wurde erst kürzlich von der John Holland Group in Rouse Hill im Nordwesten von Sydney fertig gestellt. Die Anlage liefert Wasser für 36.000 Haushalte, doch nutzen die Menschen das Wasser nur für den Garten und zum Spülen der Toiletten, getrunken wird es nicht. (<http://www.hochtief.de/hochtief/482.jhtml>, <http://www.johnholland.com.au/Project.asp?Action=Project&PID=50>, Welt am Sonntag 14.12.08)

## Neuer RAMSI-Koordinator

Graeme Wilson ist seit Januar neuer Koordinator der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) auf den Salomonen. Er ersetzt Tim George, der seit November 2006 den Einsatz der australischen Truppe koordinierte. George sagte bei seiner offiziellen Verabschiedung in der salomonischen Hauptstadt Honiara, der Einsatz sei ein Höhepunkt seiner diplomatischen Karriere gewesen.

Graeme Wilson wurde nach Rücksprache mit der Regierung der Salomonen und den Mitgliedsstaaten des „Pacific Islands Forum“ von der australischen Regierung zum Koordinator ernannt. Er verfügt über langjährige Erfahrungen als Diplomat im pazifischen Raum, u.a. war er in Vanuatu und Neukaledonien in diplomatischen Diensten. Wilson hat einen „Master of Arts“ in Französisch von der Universität Melbourne sowie einen Abschluss im Fachbereich internationale Beziehungen von der Universität in Südkalifornien. Für seinen Einsatz als RAMSI-Koordinator lernte Wilson das Solomon Islands Pidgin. Wilson ist verheiratet und hat eine Tochter und zwei Söhne.

*Info:* Die „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ wurde auf Bitten des damaligen salomonischen Generalgouverneurs im Jahr 2003 unter australischer Führung eingerichtet. Bei der „Operation Helpem Fren“ (Operation Helft dem Freund, Solomon Pidgin) geht es um die Unterstützung der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung. Zum RAMSI-Team gehören Soldaten, Verwaltungsangestellte, Juristen und politische Experten, die die Regierung der Salomonen bei der „guten Regierungsführung“ beraten sollen. (<http://www.ramsi.org/>)

### † Nancy Bird-Walton

Die australische Luftfahrtpionierin Nancy Bird-Walton starb Mitte Januar mit 93 Jahren nach kurzer Krankheit an Altersschwäche in Mosman, einem Vorort von Sydney. Die Flugschülerin des australischen Flugpioniers Sir Charles Kingsford Smith – nachdem der Flughafen von Sydney benannt ist - war die erste Frau, die mit 19 Jahren 1935 den gewerblichen Pilotenschein machte. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits eine zweijährige Ausbildung in der Flugschule von Smith hinter sich. Dieser weigerte sich zunächst, die zierliche und kleine Frau den Pilotenschein machen zu lassen: Bird-Walton benötigte wegen ihrer geringen Körpergröße stets zwei Kissen auf dem Pilotensitz.

Sie gründete die erste „fliegende Ambulanz“ (Royal Flying Doctor Service) im Wilden Westen des Bundesstaates New South Wales. Mit Hilfe ihrer Luftbrücke brachte sie Krankenschwestern in die abgeschiedenen Gegenden des Outbacks und transportierte von dort Schwerverletzte, Erkrankte oder werdende Mütter ins nächste Krankenhaus. Durch ihren Einsatz im Busch wurde die Pilotin auch als „Engel des Outback“ bekannt. 1966 wurde Walton mit dem „Order of the British Empire“ (OBE) ausgezeichnet. 1977 wurde sie als „Dame of St. John“ in den maltesischen Ritterorden aufgenommen und 1997

ernannte die australische Regierung die Fliegerin zum „Nationalen Lebenden Kulturgut“. Eine weitere Ehrung erfuhr die Flugpionierin im Oktober 2008. Die australische Fluggesellschaft Quantas benannte den ersten Airbus A-380 der Fluglinie nach ihr.

Bird-Walton flog ohne Navigationssystem, das erst wesentlich später erfunden wurde. Sie orientierte sich an dem Verlauf von Hecken und Zäunen und bestimmte die Windrichtung mit Hilfe der auf der Leine trocknenden Wäsche.

Während des Zweiten Weltkrieges kommandierte sie das Flugtraining-Frauenkorps der australischen Armee. 1950 gründete sie den ersten australischen Pilotenverband für Frauen, dessen Vorsitz sie über 40 Jahre innehatte. (*Flash d'Océanie* 14.01.09, AFP, <http://www.australianbiography.gov.au/subjects/birdwalton/>)

### Gleiche Rechte für homosexuelle Soldaten

Der Minister für Verteidigung, Wissenschaft und Personalangelegenheiten, Warren Snowdon, hat zum 1. Januar 2009 ein neues Gesetz zum Schutz homosexueller Soldaten in der australischen Armee (Australian Defence Force) erlassen. Das Gesetz namens „Same-Sex (Equal Treatment in Commonwealth Laws – Superannuation) Relationships 2008“ sieht eine rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare mit heterosexuellen Paaren vor. Es bezieht sich z.B. auf die Auszahlung der Witwenrente bei Tod des Armeeeingehörenden, die Zahlung der Halbwaisenrente für die Kinder eines homosexuellen Paares und das Besuchsrecht im Krankenhaus bei Krankheit eines der Partner. Die Rente eines Militärangehörigen müsse zukünftig an den homosexuellen verbliebenen Partner in voller Höhe ausgezahlt werden, erklärte der Minister. (*Flash d'Océanie* 19.12.08, <http://www.minister.defence.gov.au/Snodontpl.cfm?Currentid=862>)

## SPORT

### Formel 1 Grand Prix in Melbourne

**Australien:** Vom 26. bis zum 29. März ist Melbourne Schauplatz des „Australian Grand Prix“ der Formel 1. Der australische Lokalmatador Mark Webber wird in der Hauptstadt des Bundesstaates Victoria gegen Lewis Hamilton, Felipe Massa, Kimi Räikkönen und den Rest der Formel 1-Elite antreten. Abgerundet werden die Rennen durch zahlreiche Live-Veranstaltungen, u.a. durch einen Auftritt der legendären britischen Rockband „The Who“.

Wie jedes Jahr findet die Eröffnungsrunde dieser 25. Formel 1 - Weltmeisterschaft im „Albert Park“ statt. Erstmals werden die Rennen jedoch später als bisher starten und damit bis in die Dämmerung hinein dauern. Wie im Vorjahr soll der Grand Prix auch wieder viele Familien anlocken: Kinder bis zum 12. Lebensjahr dürfen in Begleitung Erwachsener gratis dem Rennzirkus zusehen. Neben den Formel 1-Rennen treten in Melbourne auch mehr als 20 australische Sportlegenden im „Celebrity Challenge Race“ gegeneinander an. Zu ihnen gehören berühmte Spieler der Australian Football League und bekannte Cricket- und Tennisspieler.

*Info:* Die „Formel 1“ ist eine Zusammenfassung der Regeln, Richtlinien und Bedingungen, in deren Rahmen die Formel-1-Weltmeisterschaft, eine vom Automobil-Dachverband „Fédération Internationale de l'Automobile“ (FIA) festgelegte Formelserie, ausgetragen wird. Die Formel-1-Weltmeisterschaft ist die höchstrangige von der FIA veranstaltete Rennserie des Formelsports. Sie wird als Königsklasse des Automobilsports bezeichnet, da sie den Anspruch erhebt, die höchsten technischen, fahrerischen, aber auch finanziellen An-

forderungen aller Rennserien an Fahrer und Konstrukteure zu stellen. Die Formel 1 wird seit der Saison 1950 jährlich als Weltmeisterschaft ausgetragen und besteht derzeit (Stand 2008) aus 18 Einzelrennen, die als Grand Prix (dt. Große Preise) bezeichnet werden.

(<http://www.grandprix.com>,  
<http://www.australien-info.de>,  
Wikipedia)

## Drei Surfwettbewerbe

**Tahiti:** Die tahitianische Surfervereinigung (Fédération Tahitienne de Surf) hat erstmals in diesem Jahr den dreiteiligen Surfwettbewerb „Extrême Surf Challenge“ ausgeschrieben. Die jeweils zweitägigen Wettbewerbe finden im Februar, im Mai und im Juli auf der Hauptinsel Tahiti statt. Sie sind für alle Altersgruppen sowie für Männer und Frauen offen. Bei den einzelnen Wettbewerben geht es darum, in einer bestimmten Zeit mit möglichst spektakulären Manövern die Wellen zu reiten, sowie die erst kurz vor dem Wettbewerb von der Jury festgelegten Figuren vorzuführen. Ziel des Wettbewerbs ist nach Angaben der Surfervereinigung vor allem die Sichtung von jungen Talenten. (Tahiti Presse 17.02.09, 25.02.09)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Bob Hawke zum „Chief of Logohu“ ernannt

**Papua-Neuguinea:** Der Premierminister von Papua-Neuguinea, Sir Michael Somare, hat Anfang des Jahres den früheren australischen Premierminister Robert („Bob“) James Lee Hawke den höchsten Titel des Staates für Ausländer verliehen. Somare nahm seinen Freund und langjährigen politischen Weggefährten als „Chief“ in den „Grand Companion of Logohu“ auf. Der Orden

soll Hawke Anfang März in Port Moresby verliehen werden.

Somare begründete die Auszeichnung mit der großen Unterstützung, die Hawke als Präsident (1969 bis 1980) des Dachverbands der australischen Gewerkschaften (Australian Council of Trade Unions, ACTU) beim Aufbau des neuguineischen Gewerkschaftswesens geleistet habe. Hawke habe nicht nur bei der Gründung von Gewerkschaften in PNG geholfen, sondern auch ein individuelles Entlohnungssystem entwickelt.

Bob Hawke wurde am 9. Dezember 1929 in Südaustralien geboren. Nach Beendigung seiner Laufbahn beim ACTU kandidierte er 1980 erfolgreich für die Australian Labour Party (ALP) im Bundesparlament. Er konnte anschließend die Parlamentswahlen von 1983, 1984, 1987 und 1990 für die ALP gewinnen und war vom 11. März 1983 bis zum 20. Dezember 1991 Premierminister. (Post-Courier 07.01.09, <http://primeministers.naa.gov.au/meetp.m.asp?pmid=23&pageName=about>)

## Australier des Jahres 2009

**Australien:** Zum „Australier des Jahres“ wurde Professor Michael („Mike“) Dodson gewählt, ein Aktivist für die Rechte der Aborigines. Der 58-jährige ist Angehöriger der Aborigine-Gruppe Yawuru aus der Gegend bei Broome in Western Australia. Dodson lebt und arbeitet in Canberra. Seit seines Lebens hat sich der Aborigine für die Rechte seines Volkes eingesetzt. Dabei legte er besonderen Wert auf die Versöhnung zwischen den Aborigines und den ‚weißen‘ Bewohnern des Kontinents sowie auf die Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitssystems der Aborigines. Dodson ist derzeit u.a. Vizevorsitzender der Nichtregierungsorganisation „Reconciliation Australia“. Er studierte Jura an der „David Derham School of Law“ und war der erste Aborigine, der im Bundesstaat Victoria eine eigene Anwaltskanzlei eröffnete.

**Info:** Seit 1960 wird alljährlich der Preis „Australian of the Year“ am „Australia Day“ (26. Januar) vom amtierenden Premierminister des Staates an australische Bürger vergeben, die einen signifikanten Beitrag zur australischen Gemeinschaft und Nation geleistet haben oder ein Vorbild in der Gesellschaft sind. Eine Geldsumme ist mit der Auszeichnung nicht verbunden, doch berichten die Medien in aller Ausführlichkeit über den jeweiligen Preisträger. (ABC 26.01.09, Flash d'Océanie 26.01.09, <http://www.australianoftheyear.org.au/pages/index.asp>, Film über Mick Dodson auf Youtube)

## † Jean-Louis Valatx

**Frankreich:** Am 22. Januar starb der französische Arzt und Anti-Atom-Aktivist Dr. Jean-Louis Valatx an den Folgen von Blutkrebs. 1962 war er im Auftrag der französischen Armee in die Sahara (Algerien) versetzt worden, wo er die medizinische Betreuung der Soldaten übernahm, die in der Wüste Atomwaffentests unternahmen. Nach der Unabhängigkeit Algeriens verlegte Frankreich sein Atomwaffentestzentrum nach Französisch-Polynesien, wo zwischen 1966 und 1996 auf den Atollen Fangataufa und Moruroa ober- und unterirdische Atomwaffentests stattfanden. Valatx quittierte seinen Dienst bei der Armee 1974 und wurde Entwicklungsleiter bei INSERM (Institut national de la santé et de la recherche médicale) in Lyon.

Dr. Valatx gründete im Juni 2001 die Nichtregierungsorganisation AVEN (Association des vétérans des essais nucléaires), eine Vereinigung von ehemaligen französischen Arbeitern auf den Atomtestgeländen. 2008 trat er aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt als Vorsitzender von AVEN zurück und war seitdem Ehrenpräsident der französischen Organisation, die inzwischen um die 1.600 Mitglieder hat. Seine Blutkrebserkrankung hatte Valatx stets auf seine Teilhabe an den algerischen Atomwaffentests zu-



rückgeführt.

Mit seiner großen medizinischen Expertise setzte sich der Arzt vor allem für die Anerkennung von gesundheitlichen Spätfolgen der Atomtestveteranen ein. Er engagierte sich für die Öffnung der Archive des französischen Gesundheitsministeriums und kämpfte für die Auszahlung der Hinterbliebenenrente für die Familienangehörigen verstorbener Testarbeiter. Dabei arbeitete Valatx eng mit der Atomtestveteranenvereinigung von Französisch-Polynesien, „Moruroa e Tatou“, unter Leitung von John Doom zusammen. Doom und Valatx waren befreundet und trafen sich mehrfach in Frankreich und im Pazifik zur Abstimmung gemeinsamer Kampagnen.

Mit Jean-Louis Valatx hat die Anti-Atomkraft-Bewegung in Europa einen mutigen Fürsprecher verloren, der nicht vergessen werden wird. (*Oceania Flash* 03.02.09, [http://www.icanw.org/news/death-of-Jean-Louis-Valatx\\_pers%C3%B6nliche\\_Gespr%C3%A4che\\_Ratzmann\\_mit\\_Valatx](http://www.icanw.org/news/death-of-Jean-Louis-Valatx_pers%C3%B6nliche_Gespr%C3%A4che_Ratzmann_mit_Valatx))

## Hochzeitskapelle für Luxushotel

**Frz.-Polynesien:** Das Luxushotel „Le Méridien“ auf der Insel Bora Bora hat den Bau einer Kappelle angekündigt, in der voraussichtlich ab März des Jahres legale kirchliche Trauungen geschlossen werden können. Die Kapelle soll in Form eines Überwasserbungalows mit einem gläsernen Boden gebaut werden. Im Zuge des Neubaus renoviert das Hotel einige der Überwasserbungalows und stattet alle mit einem Plasma-Fernseher und wireless-lan-Internetzugang aus. Um das Ressort für reiche Familien attraktiver zu gestalten, werden vier Familienbungalows mit je zwei Schlafzimmern und Privatpool gebaut.

Der tahitianische Tourismusminister geht davon aus, dass die Heiratsgesetze in Französisch-Polynesien ab März die legale Trauung ermöglichen. Zwar war es bereits seit langem möglich,

auf Tahiti zu heiraten. Doch musste dazu das heiratswillige Paar mindestens sechs Wochen vor der Trauung persönlich das Aufgebot bestellen und sich dazu im Land aufhalten. Mit den neuen Gesetzen könnte diese Wartezeit entfallen und Paare könnten bereits von zu Hause aus telefonisch einen Termin beim Standesamt vereinbaren.

Die meisten Paare kommen nach Angaben des Hoteldirektors aus den USA. Dort ist die Eheschließung nur anerkannt, wenn sie vor einer zivilen Behörde geschlossen wird. Der Hoteldirektor erhofft sich nun, dass die Paare die standesamtliche Trauung mit einer kirchlichen Trauung in der Hotelkapelle verbinden und mit Freunden und Familie auch im Hotel feiern. Sollten sich jährlich 1.000 Paare im Ressort das Jawort geben, rechnet der Hotelchef mit 15.000 zusätzlichen Gästen.

Neben den Renovierungsarbeiten wird das Hotel ein Bildungszentrum zu Flora und Fauna der Region bauen. Dieses soll direkt neben dem bereits bestehenden Schildkrötenreservat entstehen. Das Schildkrötenreservat des Le Méridien Bora Bora ist für seine Bemühungen um den Schutz der Karettschildkröten und der Grünen Meeresschildkröten bekannt. Das Schutzgebiet ist das einzige seiner Art in Französisch-Polynesien. Die Hotelgäste können gemeinsam mit den Schildkröten in der Lagune schwimmen oder sogar Schildkröten „adoptieren“, als Teil des Programms zur Wiedereingliederung der Schildkröten in den natürlichen Lebensraum. (*Tahiti Presse* 20.01.09, <http://www.starwoodhotels.com/lemeridien/property/overview/index.html?propertyID=1905>)

## Kein McDonald in den Marshallinseln

**Marshallinseln:** In 90 Ländern weltweit gibt es kein Restaurant der amerikanischen Fastfood-Kette McDonald. Dazu gehören insgesamt zehn pazifische Staa-

ten, u.a. die Marshallinseln, Papua-Neuguinea, Tonga, Palau, Tuvalu, Vanuatu und Kiribati. Immerhin in sechs pazifischen Staaten unterhält die Kette Filialen: in Amerikanisch-Samoa, Fidschi, Neukaledonien, Saipan (Nördliche Marianen), Tahiti und Samoa (Stand: 2007). Damit steht der Pazifik besser da als das Sub-Sahara-Afrika, wo nur zwei der 48 Länder über eine McDonalds-Filiale verfügen. In Europa ist die McDonalds-Dichte dagegen sehr hoch: Einzig in Albanien, Armenien, Bosnien-Herzegovina und dem Vatikan müssen die Menschen auf Hamburger und Co. verzichten. In Deutschland gab es im letzten Jahr 1.333 Restaurants, davon 47 Neueröffnungen. 21 von 25 karibischen und lateinamerikanischen Ländern rühmen sich eines McDonald-Restaurants und immerhin 14 von 30 asiatischen Ländern.

McDonalds ist ein Unternehmen der Systemgastronomie und betreibt gegenwärtig 31.377 Restaurants in über 100 Ländern unter der eigenen Marke. 2008 betrug der Umsatz des Konzerns weltweit rund 22,8 Mrd. US \$, der Gewinn belief sich auf ca. 3,5 Mrd. US \$.

(<http://www.mcdonalds.de>, [http://www.mcdonalds.com/corp/invest/pub/2007\\_interactive\\_financial.RowPar.0001.ContentPar.0001.ColumnPar.0004.DownloadFiles.0001.File.tmp/Downloadable\\_Financials\\_2007.xls](http://www.mcdonalds.com/corp/invest/pub/2007_interactive_financial.RowPar.0001.ContentPar.0001.ColumnPar.0004.DownloadFiles.0001.File.tmp/Downloadable_Financials_2007.xls), *Marshall Islands Journal* 28.11.08)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### Regierung und Kirchen zum Wohl der Menschen

Um die Lebensbedingungen der Menschen in den abgelegenen Gebieten PNGs nachhaltig zu verbessern, forderten verschiedene Regierungsvertreter eine enge Zusammenarbeit mit den Kirchen. „Wo es die Regierung nicht schafft und wo die Regierung nicht mehr präsent ist, da sind die Kirchen vor Ort bei den Menschen“, betonte Minister Paul Tiensten. Daher werde die Regierung auch künftig die Infrastruktur der Kirchen nutzen und nachhaltige Entwicklungsprojekte der Kirchen substantiell fördern. (*Wantok Nr. 1790*)

#### Hochwasser löst Welle der Hilfsbereitschaft aus

Der ungewöhnlich hohe Meeresspiegel, der Anfang Dezember zahlreiche Küstenregionen PNGs überschwemmt hat, hat eine Welle der Hilfsbereitschaft im ganzen Land ausgelöst. Unzählige Felder wurden durch das eindringende Salzwasser zerstört und die Ernten vernichtet. Betroffen waren vor allem die Provinzen New Ireland und Ost-Sepik. (*Wantok Nr. 1793*)

#### „Zauberer“ brutal getötet

Ein 40-jähriger Mann wurde in der Nähe von Goroka durch ein Femegericht der Zauberei angeklagt und für schuldig befunden. Daraufhin wurde er von mehreren jungen Männern mit Buschmessern malträtiert und schließlich in kleine Stücke zerhackt. Das Femegericht bestand aus dem Friedensrichter des Dorfes und den vier Pfarrern der Four-Square-Kirche, der Lutherischen Kirche,

der Baptistengemeinde und der Gemeinde der Siebten-Tags-Adventisten. Die Katholische Kirche hat diese und ähnliche Taten in Zusammenhang mit Zauberei scharf verurteilt. Der katholische Erzbischof Douglas Young forderte, gesetzlich zu verbieten, über Zauberei zu reden und Gerüchte darüber zu verbreiten. Dies habe in Europa wesentlich dazu beigetragen, den Hexenglauben auszurotten. (*The National 30.01.09, 11.02.09*)

### AUS DER ELC-PNG

#### Lutherische Universität soll 2010 starten

Die Planungen und Vorbereitungen für eine Lutherische Universität gehen unvermindert weiter. Mittlerweile wurde damit begonnen, die künftigen Professoren und Lehrkräfte weiterzubilden und auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten, damit der akademische Standard erfüllt werden kann. Ab 2010 sollen sich dann die ersten Studierenden für die Fachrichtungen Theologie, Lehramt, Krankenpflege und Agro-Business einschreiben können. Die Universität soll auch international etabliert werden und Studierende aus dem Pazifik und Südostasien aufnehmen. Zum Bau von neuen Studentenwohnheimen, Vorlesungssälen, einer Bibliothek und für die Renovierung der bestehenden Räumlichkeiten wurden bei der Regierung 16 Mio. Kina (4,7 Mio. Euro) beantragt. (*The National 18.12., 24.12.08*)

#### Omkolai feiert 60 Jahre

Mehr als 5.000 lutherische Christen feierten das 60-jährige Jubiläum der lutherischen Mission in ihrem Distrikt. Die ersten einheimischen Missionare waren erst vor gut zwei Generationen nach Omkolai (Chimbu Provinz) gekommen und gründeten eine lutherische Missionsstation, von wo aus sie das Evangelium in die umliegenden Regionen weiter ausbreiteten. (*Wantok Nr. 1793*)

### AUS DER KATH. KIRCHE

#### Erzbischof Karl Hesse ausgezeichnet

Anfang des Jahres erhielt Karl Hesse den höchsten Orden, den Papua-Neuguinea zu verleihen hat, den sog. Paradiesvogel-Orden. Damit wurde er zu einem „ganz besonderen Freund des Landes“ (Grand Companion of the Order of Logohu) ernannt und darf nun den Titel „Chief“ führen. Er wurde damit für seinen jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz für die Menschen in Papua-Neuguinea geehrt. (*The National 02.01.09*)

#### Gesetz gegen Polygamie gefordert

Erzbischof Douglas Young, Mt. Hagen, forderte schärfere Gesetze gegen Polygamie. Dies könne helfen, dass den Frauen mit mehr Respekt begegnet werde und sie in ihrer Würde gestärkt würden. Ein solches Gesetz könne dazu beitragen, dass Frauen künftig nicht mehr nur als Objekte behandelt würden, mit denen man spielen könne und die man bei Kompensationsverhandlungen als Tauschmittel einsetzen könne. „Wir müssen unser Denken und auch unser Verhalten ändern“, forderte Young. (*Wantok Nr. 1799*)

### AUS DER ÖKUMENE IN PNG

#### Niedrigere Mindestlöhne für Kirchen gefordert

Die United Church fordert für kirchliche Mitarbeiter niedrigere Mindestlöhne als diese für die freie Wirtschaft vorgeschrieben sind. Als Begründung führte Andrew Topo, der Personalleiter der United Church an, dass es sich bei den Kirchen um gemeinnützige Organisationen handle, denen das Gemeinwohl der Gesellschaft am Herzen liege. Von Anfang an hätten sich die haupt- und ehren-

amtlichen kirchlichen Mitarbeiter auf einem sehr hohen ethischen Niveau für die Menschen eingesetzt, in der Regel auch ohne Bezahlung. „Eine Anhebung des Mindestlohnes garantiert nicht, dass damit auch die Qualität des Services steigt, der durch die Kirchen bereitgestellt wird“, sagte er. (*The National* 05.12.08)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Anglikanische Kirche kritisiert

**Australien:** Die Anglikanische Diözese Sydney wurde scharf von der Anglikanischen Kirche Melanesiens kritisiert, weil sie erlaubt hatte, dass künftig auch Laien und Diakone das Abendmahl einsetzen dürfen. Erzbischof Sir Ellison Pogo sagte, diese Entscheidung widerspreche eindeutig dem theologischen Verständnis und der langen Tradition der Anglikanischen Kirche. (*ABC Online* 17.11.08)

### Erzbischof Pogo in den Ruhestand verabschiedet

**Salomonen:** Erzbischof Sir Ellison Pogo von der Anglikanischen Kirche Melanesiens wurde Anfang Dezember in Honiara in den Ruhestand verabschiedet. Ellison war 14 Jahre lang Erzbischof gewesen und hat sich insbesondere für das Bildungs- und Gesundheitswesen in Melanesien stark gemacht. Er pflegte intensive ökumenische Kontakte. Premierminister Derek Sikua dankte dem scheidenden Bischof für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung. (*Pacific Island Report*, 10.12.08)

### SDA-Jugendkongress

**Tonga:** Bis zu 4.000 Jugendliche aus dem gesamten pazifischen Raum haben vom 30.12.08 bis zum 04.01.09 an einem internationalen Jugendkongress der Sieb-

ten-Tags-Adventisten (SDA) auf Tonga teilgenommen. „Dies wird den Jugendlichen die Gelegenheit geben, sich gegenseitig kennenzulernen und von anderen Menschen aus anderen Ländern zu lernen und im Gegenzug ihre eigenen Erfahrungen an diese weiterzugeben“, betonte Jack Raynic, der zuständige Jugendpfarrer. (*Solomon Star News*, 29.12.08)

## Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:**  
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG**

### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News  
• BBC News • Islands Business  
• Flash d'Océanie • National  
• Oceania Flash • Pacific Beat  
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand  
• Sydney Morning Herald • Tahiti-Pressen • The Lutheran  
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE



**Mission EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120